

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 534 77	Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21 Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telefon 72206. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206	Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfa., bei Platzvorkauf 40 Pfa. Stellenangebots 10geleit. Kolonelle 25 Pfa. Familiennachrichten von Privatden die 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklameseite 2 M. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfa. bei Platzvorkauf 50 Pfa., Reklameseite 2.25 M.
--	--	--

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Keine klare Entscheidung

Die Beschlüsse des Parteiausschusses Ein ordentlicher Parteitag

Der Parteiausschuss der SPD nahm am Dienstag nach einem Referat des Parteivorstehenden Otto Weiss und einer zweifelhafte Diskussion folgende Entscheidung einstimmig an:

„Der von den Kommunisten eingeleitete Volksentscheid ist nicht geeignet, die Streitfrage des Panzerkreuzerbaus zur Entscheidung zu bringen. Die Kommunisten erstreben mit ihrem Volksbegehren eingetragene Maßnahmen auch gar nicht die Verhinderung des Panzerkreuzerbaus. Sie erblicken in ihm nur eine Gelegenheit, die Sozialdemokratische Partei zu verleumden und zu beschimpfen. Für die Parteigenossen ergibt sich daraus von selbst die Pflicht, dieser gegen die Sozialdemokratische Partei gerichteten Aktion auf das entschiedenste entgegenzutreten.“

Außerdem verabschiedete der Parteiausschuss noch folgende Entscheidung:

„Der Parteiausschuss stellt die einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzerbaus durch die Partei fest. Er erwartet vor der Verabschiedung des Reichsetats für das Jahr 1929 die grundsätzliche Stellungnahme zum Wehrproblem durch den rechtzeitig hierzu einberufenen Parteitag. Der Parteivorstand wird ersucht, diese Klärung durch Einsetzung einer Programmkommission vorzubereiten, die dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.“

Der SPD bemerkt dazu u. a.:

Die Beschlüsse des Parteiausschusses sind — wie ausdrücklich hervorgehoben zu werden verdient — einstimmig gefasst worden. Es ist die feste Absicht der sozialdemokratischen Organisationen, die Frage des Panzerkreuzerbaus nicht auf das Niveau des demokratischen Radaus und des öden Schlagwortes herunterziehen zu lassen. In der Diskussion innerhalb der Partei ist eindringlich auf die tieferen Ursachen der Panzerkreuzerfrage hingewiesen worden. Der Mangel an prinzipieller Klarheit über die Stellung zum Wehrproblem im demokratischen Staat innerhalb der sozialdemokratischen Partei, mangelnde Verständigung über das Problem, welche Konsequenz aus der Wandlung des Wesens des Staates und demzufolge aus der veränderten Stellung der Sozialdemokratie zum Staate gezogen werden müssen. Diese Fragen bedürfen der ernstesten Prüfung; sie sind mit bequemen Schlagworten nicht zu lösen. Der Parteiausschuss hat unter Führung des Parteivorstandes den Weg gewiesen, auf dem diese Klärung geschaffen werden soll: zunächst ruhige Vorprüfung, dann Aussprache und Entscheidung auf dem nächsten ordentlichen Parteitag, der voraussichtlich in den ersten Monaten des nächsten Jahres in Magdeburg abgehalten wird. Ein wichtiges Stück der Selbstverständigung, der geistigen Bewältigung der großen neuen Aufgaben im staatlichen und gesellschaftlichen Leben nach der Revolution wird damit geleistet werden.

Der Sozialdemokratische Pressedienst bemerkt, daß die Beschlüsse des Parteiausschusses einstimmig gefasst worden seien. Man wird vorerst weitere Aufklärung abzuwarten haben. Seinen bisherigen Beschlüssen entsprechend hat er, den Forderungen zahlreicher Organisationen entgegen, einen außerordentlichen Parteitag abgelehnt. Die Entscheidungen in der Frage des

Panzerkreuzers sollen von einem ordentlichen Parteitag getroffen werden, der in den „ersten Monaten des nächsten Jahres“ tagen soll. Ueber den Termin ist bisher Postitones nicht bekannt. Wir hoffen aber, und darauf werden die Organisationen zu drängen haben, daß der Parteitag von den Ereignissen nicht überrascht werden wird.

Der Parteiausschuss hat „die einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzers durch die Partei“ festgestellt. Er hat damit bereits den Beschlüssen des kommenden Parteitages vorgegriffen. Nur allzu bald wird diese Frage erneut in den Vordergrund treten, und zwar, wenn sich die vier Minister mit der Aufstellung des Reichsetats beschäftigen müssen. Wie Genosse Herz eingehend nachgewiesen hat, sind der Finanzminister, also Hilferding, und der Reichskanzler in der Lage, die Einstellung der zweiten Rate in den Reichsetat zu verhindern. Das entspricht, wie der Parteiausschuss ausdrücklich bekräftigt hat, dem einmütigen Willen der Gesamtpartei. Den Ministern wurde daher eine eindeutige klare Richtlinie erteilt, aber nicht nur diesen, sondern auch der Reichstagsfraktion. In der Sitzung des Parteiausschusses vom 18. August ist beschlossen worden:

„Fraktion und Parteiausschuss halten die engste Fühlungnahme zwischen ihnen und den der Regierung angehörenden Genossen in allen politischen Fragen für eine unabweisbare Notwendigkeit.“

Danach sind die Minister „in allen politischen Fragen“ zu der „engsten Fühlungnahme“ mit der Reichstagsfraktion verpflichtet. Sollten daher bei den Ministern Zweifel bestehen, dann ist es die Aufgabe der Reichstagsfraktion, auf die im Parteiausschuss festgestellte „einstimmige Ablehnung des Panzerkreuzerbaus durch die Partei“ zu verweisen.

Wie an anderer Stelle berichtet wird, hat die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei auf ihrer kürzlichen Sitzung in Magdeburg den Beschluß gefaßt, auch den weiteren Katen für den Panzerkreuzer A zuzustimmen. Auf einer Bezirkskonferenz des Zentrums in Südingen hat ferner der Reichstagsabg. Herz seinen bekannten Artikel widerrufen müssen. Demzufolge ist Herr Guérard, der Beobachtungsposten des Zentrums im Kabinett der Köpfe, gebunden, und Herr Koch, der demokratische Reichsjustizminister, hat bereits unangenehm darauf hingewiesen, daß es ein „Schilfbürgerstück“ sei, die zweite Rate abzuziehen, nachdem der ersten Rate zugestimmt worden ist. Freilich hat Herr Koch die Entscheidung seiner Fraktion überlassen, aber es dürfte nicht zu zweifeln sein, daß die Demokraten den „Schilfbürgerstück“ nicht begeben wollen. Demzufolge befände dann im Kabinett eine Mehrheit für den Panzerkreuzer. Die vier sozialdemokratischen Minister kämen in die Lage, überstimmt zu werden. Das war die Frage, die in der Fraktion bei der Zustimmung zum Kabinett der Köpfe in erster Linie erörtert wurde. Demgegenüber aber stehen die Hoffnungen des Genossen Herz, wonach — laut Geschäftsordnung des Reichskabinetts — die Einprüche des Reichsfinanzministers und des Kanzlers genügen würden, die Einstellung der zweiten Rate in den Etat zu verhindern. Hier wird die Reichstagsfraktion eingreifen haben, um der „einstimmigen Ablehnung des Panzerkreuzers durch die Partei“ Nachdruck zu verleihen, und dies, wie Genosse Löbe sehr richtig schrieb, ungeachtet der politischen Folgen, die sich daraus ergeben würden.

Die Frage des Wehrproblems und eines Volksentscheids ist dann eine Angelegenheit, über die der Parteitag entscheiden mag.

„Schwarzer Tag“ in Genf

Es ist etwas Unerwartetes geschehen: Briand, der „große Apostel des Friedens“, wie er erst gestern von dem tschechoslowakischen Sekundanten der französischen Politik genannt wurde, hat in der Völkerverbündungsversammlung eine Rede gehalten, die in Deutschland als eine schwere Schädigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beurteilt wird. Es war beinahe schon traditionell, Briand auf jeder Völkerverbündungsversammlung eine glänzende Rede halten zu hören, bei der die Zuhörer den Eindruck bekamen, als sei der Frieden wirklich schon da und würde von den Völkern bloß nicht gesehen. Daß er diesmal anders herum reden würde, das haben nur wenige für möglich gehalten. Und da die deutsche Delegation unter der Führung eines Sozialdemokraten steht, dessen ehrlicher Wille für eine Verständigung der Völker von niemandem bestritten werden kann, so lag wohl auch kein Grund vor, anzunehmen, daß es gerade diesmal in Genf schrittliche Misttöne in dem Völkerverbündungsorgane geben werde.

Über die Rede Briands und die Wirkung, die sie ausgeübt hat, zeigt, wie hoch die gesamte Verständigungspolitik ist, die von den kapitalistischen Regierungen getrieben wird. Daß ein Sozialist, wenn er sich zu ihrem Vertreter macht, sie nicht grundsätzlich ändern kann, auch das bestätigt wieder einmal dieser jüngste Zwischenfall. Hermann Müller und mit ihm eine Mehrheit in der Führung der deutschen Sozialdemokratie hatten in den letzten Jahren die Außenpolitik des Herrn Stresemann bedingungslos als Verständigungs- und Friedenspolitik hingenommen und auf eine eigene sozialdemokratische Außenpolitik verzichtet. Jener Teil in der Partei ist der Auffassung, daß, je mehr die Sozialdemokratie die Außenpolitik Stresemanns unterstützt, desto stärker das Vertrauen des offiziellen Frankreichs zur deutschen Republik werden müsse. Wenn es trotzdem noch Mißverständnisse in den Beziehungen der beiden Staaten gibt, so liegt das daran, daß einmal in Frankreich nationalistische Kreise störend eingreifen und zum anderen daran, daß auch in Deutschland der extreme Nationalismus gelegentlich Einfluß auf die politische Führung erlangen konnte. Nachdem die Deutschnationalen aus der Regierung verdrängt sind, mußte die Verständigung mit Frankreich in viel rascherem Tempo fortschreiten. Mit diesem außerpolitischen Argument, das nach unserer Meinung kein Argument ist, ist die Notwendigkeit der Teilnahme der Sozialdemokratie an der Reichsregierung begründet worden. Nun ist Hermann Müller als der Kanzler dieser Regierung selber nach Genf gegangen, um die offizielle Verständigungspolitik Deutschlands zu vertreten. Er hat ganz in dem Sinne, wie es die Diplomaten der deutschen Bourgeoisie in den letzten Jahren stets getan haben, eine Rede gehalten, in der er die Entwaffnung der anderen Staaten forderte, nachdem Deutschland längst entwaffnet sei. Eine solche Rede ist an sich für die Diplomaten keine Ueberraschung mehr. Denn die Versicherung, daß Deutschland völlig entwaffnet sei, ist schon oft vorgetragen und ebenso oft daraus das moralische Recht hergeleitet worden, die Abrüstung der anderen zu verlangen. Bei Hermann Müller ist jedoch kein Zweifel darüber zulässig, daß er überzeugt ist, mit der Abrüstungsforderung wirklich der Verständigung und dem Frieden zu dienen. Aber eben, daß er im Gegensatz zu den Diplomaten der Bourgeoisie ehrlich die Abrüstung will, das scheint ihm Briand so schwer anzuzurechnen.

Wieder einmal zeigt sich, in welche Sackgasse ein Sozialist geraten muß, wenn er Forderungen des Kampfes der von ihm vertretenen Klasse mit den politischen Zielen der Bourgeoisie vermengt. Briand hatte es leicht, der von Müller vorgebrachten Versicherung der völligen Entwaffnung Deutschlands die Tatsachen gegenüberzustellen, aus denen die feste Kriegsbereitschaft Deutschlands hervorgeht. Er sagte, daß kein Volk völlig abgerüstet ist und verwies auf die Reichswehr als ein so vorzügliches Kader, als Heer mit einer so prächtigen Menschenreserve und mit einer solchen Organisationsfähigkeit, wie sie eben vorhanden ist. Mit einem Hinweis auf die Industrie und die völlig wieder aufgebaute Handelsmarine meinte er, daß Deutschland seinen Feindvergeist sehr schnell für Küstungszwecke umstellen könne. Briand hat ironische Worte gegen den deutschen Reichskanzler gesprochen und mit Schärfe zum Ausdruck gebracht, daß weder in der Abrüstungsfrage, noch in der Frage der Rheinlandräumung von der Völkerverbündungsversammlung ein Schritt nach vorwärts getan werden dürfe.

Briand hat als der Vertreter der Bourgeoisie seines Landes geredet. Der Bourgeoisie, deren imperialistische Schicht mit einem gewissen Bangen die kräftigen Regungen des neuen deutschen Imperialismus verfolgt und die um des machtpolitischen Einflusses willen, den sie jetzt über den europäischen Kontinent besitzt, nicht will, daß ihr der deutsche Imperialismus militärisch über den Kopf wächst. Es sind immer wieder die sehr nüchternen Interessen der kapitalistischen Gruppen, die sich gegenseitig stoßen. Lehrt nicht die Rede Briands sehr eindringlich, daß die Verständigungs- und Friedenspolitik nicht von dem guten Willen oder den schönen Phrasen dieses oder jenes Diplomaten abhängt, sondern daß sie in der kapitalistischen Welt diktiert wird von den Bedürfnissen der herrschenden Schichten in den einzelnen Staaten? Und eben darum sollten die Sozialisten in allen Ländern sich nicht zum Anhängel der kapitalistischen „Verständigungs- und Friedens-

Um das Rheinland

Räumungskonferenz

III Genf, 11. September.

Dienstagnachmittag um 17 Uhr findet die vorgesehene Kollektivbesprechung zwischen den Vertretern der Besatzungsmächte Frankreich, England, Italien und Belgien und Deutschland im Hotel Beau Rivage statt. Von deutscher Seite nehmen an der Besprechung der Reichskanzler Müller und Staatssekretär von Schubert teil.

III Genf, 11. September.

Die Besprechung dauerte von 17 bis 19.45 Uhr. Nach Ausgang der Besprechungen erklärte der belgische Außenminister Symans, daß die Besprechungen am Donnerstagvormittag weiter fortgesetzt werden würden. Da er heute nach Brüssel abreisen müsse, werde er am Donnerstag durch den Delegierten Baron Moncheur vertreten sein. Briand wird voraussichtlich entgegen anderslautenden Mitteilungen an der Donnerstagssitzung teilnehmen.

Ein deutscher Vorschlag

SPD Paris, 12. September

Ueber die gestrige Konferenz in Genf weiß nur der Pariser Pariser nähere Einzelheiten mitzuteilen. Vor allem hätten Briand und Müller den Sach ihrer Zwifügigkeiten geehrt und sich nach

gründlicher Aussprache wieder veröhnt. Dann habe Müller den offiziellen deutschen Standpunkt dargelegt und betont, daß Deutschland einen unbedingten Rechtsanspruch auf die sofortige Räumung des Rheinlandes habe, da es keine Verpflichtungen entsprechend dem Artikel 431 des Versailler Vertrages voll und ganz erfüllt habe. Daraufhin jedoch habe „man“ die entgegengesetzte These entwickelt, nämlich die der politischen, militärischen und finanziellen Pfänder und Gegenleistungen, die die Alliierten hinsichtlich der Sicherheit und der Reparationen immer noch zu fordern hätten. „Man“ sei dabei auch auf die Vorschläge Stresemanns in Thoiry zu sprechen gekommen und „man“ habe betont, daß Stresemann in seinen Vorschlägen nicht zu viel Widerstand geleistet und entschieden weitergegangen sei. Der Reichskanzler habe sich endlich bereitgefunden, einen Verhandlungsvorschlag zu machen, doch habe dieser von keinem der Teilnehmer als genügend angesehen werden können. Zumehrin aber sei damit eine Grundlage gegeben gewesen. Die Alliierten hätten daher den Kanzler gebeten, die Lage nochmal zu überprüfen und am nächsten Donnerstag neue Vorschläge zu machen. Sollen diese Vorschläge eine Diskussionsmöglichkeit erscheinen lassen, dann würden zunächst einmal die Sachverständigen in Aktion treten.

Die Angst vor den Russen

III Gibraltor, 11. September.

Das auf dem Wege nach Koflow am Don befindliche Schulschiff „Bega“ der Sowjetregierung kam gestern von Le Havre hier an. Die an Bord befindlichen 65 Kabetten wollten am Nachmittag an Land gehen, wurden aber auf Befehl der Behörden zurückgewiesen. Nur dem Kapitän des Schiffs wurde das Landen gestattet.

Der Betrug am Reiche

Stinnes' Helfer in Wien verhaftet Ein betrogener Betrüger

SPD Wien, 11. September.

In Baden bei Wien ist im Zusammenhang mit dem internationalen Kriegsanleihebetrug der Generaldirektor der „Foresta“, einer Kriegsgründung des alten Stinnes, verhaftet worden. Bela Grosch soll an den Kriegsanleihebetrug direkt beteiligt sein und ein entsprechendes Geschäft bereits abgelehnt haben. Seine Schließungen gehen nach den bisherigen Feststellungen bis in das Jahr 1926 zurück. Grosch soll im Herbst 1926 deutsche Kriegsanleihe, die Neubesitz war, von Berlin nach Rumänien geschickt und sie als alter Besitz dort lebender deutscher Staatsangehöriger angegeben haben.

Ueber die Rolle, die der verhaftete Grosch bei dem Anleihebetrug gespielt hat, berichtet WTB weiter aus Wien:

Der im Zusammenhang mit der Stinnesaffäre hier verhaftete ehemalige Direktor Grosch stand nicht mit Stinnes selbst, sondern mit dessen Generaldirektor Rothmann in Verbindung und hat zuletzt im Herbst 1926 Deutsche Kriegsanleihe, die Neubesitz waren, von Berlin nach Rumänien geschickt, wo sie auf Altbesitz umgeschifft wurden. Diese Fälschungen wurden entweder durch Herstellung gefälschter Liefercheine oder Kaufbriefe jener Banken vollzogen, von denen die Papiere angekauft worden sind, oder durch unwahre eidesstattliche Erklärungen. Grosch spielte bei dem Transport der Papiere von Berlin nach Rumänien die Vermittlerrolle. Hauptsächlich wurden die Schecks nach Kronstadt und anderen Orten des Banats und Neumünstern gebracht, wo sie als Besitz dort lebender Deutscher ausgegeben worden sind. Grosch befindet sich zur Zeit noch im Gewahrsam der Wirtschaftspolizei. Die Hausdurchsuchung hat kein beachtenswertes Material ergeben.

Allem Anschein nach ist Grosch von seinen Auftraggebern schlecht oder gar nicht honoriert worden, vielmehr scheint er um den ausbedungenen Lohn geprellt worden zu sein, denn er lebte seither von seinen Gelegenheitsverdiensten. Nach Abschluß der polizeilichen Erhebungen wird Grosch dem Landesgericht eingeliefert werden. Dem Auslieferungsgesuchen, das Deutschland gestellt hat, wird zweifellos entsprochen werden.

Wie die Stunde melde, legte der verhaftete Bela Grosch ein Teilgeständnis ab. Er sah sich dazu genötigt, da in seinem Bureau Korrespondenzen beschlagnahmt worden sind, woraus seine Verbindung mit Stinnes klar hervorgeht, so daß seine Mithuld an den Schwindeltaten mit Sicherheit nachgewiesen werden konnte. Der deutsche Regierungskommissar für Kriegsanleihebetrug, Direktor Heinenann, und Kriminalkommissar Braslow sind zur Untersuchung hier eingetroffen.

Stinnes bleibt in Haft

Der Haftprüfungstermin aufgeschoben

LU Berlin, 11. September.

Der Haftprüfungstermin für Hugo Stinnes, der am Mittwochvormittag in Moabit statifunden sollte, ist auf Antrag der Verteidigung aufgeschoben worden. Von der Verteidigung wird hierzu folgendes mitgeteilt:

Veranlassung zu diesem Schritt der Verteidigung gab die Tatsache, daß die Gründe, aus denen auf Verdunkelungsgefahr geschlossen worden ist, bisher nicht aktenkundig gemacht worden sind. Die Verteidigung hat deshalb den Antrag gestellt, daß zunächst in dieser Hinsicht den gesetzlichen Vorschriften Genüge getan wird, und darum gebeten, daß ihr von den Verdunkelungsgründen Kenntnis gegeben wird, damit sie nach dieser Richtung ihre weiteren Maßnahmen vorbereiten kann.

Schluß der Generaldebatte

SPD Genf, 11. September.

Die Vollversammlung des Völkerbundes schloß am Dienstagvormittag die Generaldebatte ab. Der Delegierte der Tschechoslowakei ging im Verlauf seiner Ausführungen sofort auf die Minderheitenfrage los und versuchte nachzuweisen, daß der Völkerbund zur Errichtung einer ständigen Minderheitskommission, zu der zwar bisher kein formeller Antrag vorliegt, der aber von verschiedenen Ländern als notwendig anerkannt wurde, weder das Recht noch die Pflicht habe. Die Minderheitenschutzverträge seien auf Grund der Friedensverträge zwischen einzelnen Staaten abgeschlossen worden, und der Völkerbund habe infolgedessen nicht das Recht, Erweiterungen oder Abänderungen an ihnen vorzunehmen. Ohne ein einseitiges Argumente logisch durchzuführen, bezeichnete er mit einer Verbeugung gegen Briand, „den großen Apostel des Friedens“, wie dieser die Minderheitenfrage als eine Gefahr für den Frieden, ohne allerdings ein Mittel gegen diese Gefahr zu nennen. Der Vertreter der Südafrikanischen Union, Smit, forderte alle zivilisierten Staaten — wobei er wohl hauptsächlich an die Mandatsinhaber dachte — auf, zu verhindern, daß bisher friedliche Nationen die Methoden moderner Kriegsführung kennenlernen. Wenn, sagte er nicht ohne Bitterkeit, Eingeborene überhaupt etwas von moderner Kriegsführung wissen, so haben sie das den zivilisierten Völkern zu danken. In Wahrheit tragen sie nicht das geringste Verlangen nach diesen Fähigkeiten, die gewisse Leute für eine Notwendigkeit der Zivilisation halten, und sie sind darum nur glücklicher, Südafrika werde mit Freuden an einer Abrüstungskonferenz teilnehmen.

Den Höhepunkt des Vormittags bildete die Rede Lord Cushendans. Bei höflicher Anerkennung des Standpunktes des Reichskanzlers Müller konnte auch er nichts anderes tun, als die Erfolglosigkeit der Abrüstungsverhandlungen mit äußeren Schwierigkeiten zu entschuldigen. Praktische Einzelfragen dieser Art seien nicht so schnell zu lösen, zumal der Artikel 8 des Völkerbundespaktes jedem Staate die Bemessung der mit seiner Sicherheit verträglichen Rüstungen freilasse. Bei der starken Tradition und den Sonderinteressen der einzelnen Staaten wäre es ein Wunder, wenn sich nicht so starke Meinungsverschiedenheiten in der Abrüstungsfrage gezeigt hätten. Trotzdem sei es Tatsache, daß die einzelnen Staaten unabhängig voneinander die Abrüstung schon in hohem Maße vorwärtlich hätten — eine Tatsache, die er für England durch statistische Vergleichen zwischen der Größe seiner Kriegsstärke zu Beginn des Weltkrieges und im Jahre 1928 zu beweisen versuchte. Auch das Meer und die Luftflotte seien vermindert worden, „wenn auch nicht in so dramatischer Weise“. Flugzeuge und Gas aber brauche die Friedensindustrie, deren Entwicklung keinesfalls verhindert werden dürfe. Die britische Regierung sei nach wie vor bereit, den Artikel 8 nicht nur dem Buchstaben, sondern auch seinem Geiste nach zu erfüllen. Lord Cushendans betonte ausdrücklich, daß das französisch-englische Flottenabkommen nur dann in Kraft treten werde, wenn die anderen Mächte sich ihm anschließen. Durch den Kellogg-Pakt werde das Jahr 1928 einen Wendepunkt in der Weltgeschichte bedeuten, denn mit ihm beginne das goldene Zeitalter, in dem die Waffen zu Werkzeugen des Friedens werden.

Am Schluß der Generaldebatte dankte Perzén für seine Wahl in den Rat. Bemerkenswert aus den letzten Ausführungen des persischen Delegierten war eine Anknüpfung, daß sein Land zwar den Kellogg-Pakt unterschreiben werde, aber in bezug auf die von anderen Staaten gemachten Vorbehalte — womit die englischen gemeint sein dürften — seinen Standpunkt in einem Kommentar zur Geltung bringen werde. Aus der Rede des Chinesen verdient eine scharfe Ablehnung der Ansicht, daß die panamerikanische Union in irgendeiner Weise eine Konkurrenz des Völkerbundes sein könne, beachtet zu werden.

Die „Versöhnungsrede“ Briands

SPD Paris, 11. September.

Die erste Ueberraschung über die jüngste rednerische Leistung Briands in Genf hat sich inzwischen gelegt. Jetzt erst kann man den Schaden überschauen, den Briand mit seiner Engleisung angerichtet hat. Es ist bezeichnend für die Stimmung selbst in den bürgerlichen Linkskreisen in Paris, wenn Petit Parisienne am Dienstagabend schreibt: „Trotz allem wird die Politik von Locarno und Thoiry fortgesetzt werden.“ Darin liegt das deutsche Verständnis, daß die Rede Briands sowohl überflüssig wie auch schädlich war. Sie hat — das läßt sich nicht leugnen — bei den französischen Sozialisten und in weitesten Kreisen der Linken eheilige Entrüstung hervorgerufen. Auch der Temps gibt sich am Dienstagabend in schadenfreudiger Ironie dem Versuch hin, den Reichskanzler Müller gegen den Außenminister Stresemann auszuspielen. Stresemann — schreibt er — hätte nicht so plump und ungeschickt wie Müller gehandelt. Stresemann hätte sich nicht eine so scharfe Zurechtweisung durch Briand mutwillig zuzuzogen. Die nationalistische Liberté, die dieses Spiel fortsetzte, erklärt sogar, Müller und mit ihm die gesamte sozialdemokratische Partei würden sich jetzt Rechenschaft ablegen über die furchtbaren Schwierigkeiten, die Stresemann zu überstehen gehabt habe, um Deutschland den Platz zu erobern, den es im Völkerbund einnimmt und den Müller jetzt so schwer compromittiert habe. Alle Welt in der Völkerbundsversammlung habe bei derjenigen Stelle Briands lächelnden Beifall gesendet, als er bei derjenigen Stelle Stresemanns bedauerte, denn dann hätte sich der peinliche Zwist zwischen Deutschland und Frankreich nicht ereignet. Müller jedenfalls lehnte geschlagen und sehr verkleinert nach Berlin zurück.

Nicht richtig verstanden!

Hermann Müller vor der Presse

SPD Paris, 12. September.

Die anfängliche Mißstimmung gegen Briand hat sich inzwischen merklich gelegt. Das ist vor allem auf Erklärungen zurückzuführen, die der französische Außenminister am Dienstag dem deutschen Delegierten Dr. Breitscheid gegenüber gemacht hat. Briand empfing Dr. Breitscheid „als Parteifreund Hermann Müllers“ und versicherte ihm ausdrücklich, daß er nicht verstanden worden sei, wenn man aus seiner Rede irgendwelche Anklagen oder ein Mißtrauen gegen die Reichsregierung herausgelesen hätte, die am allerwenigsten gegen die gegenwärtige Regierung begründet wären.

Immerhin benutzte Reichskanzler Müller das „Mißverständnis“ am Dienstag in den letzten Abendstunden zu einigen Ausführungen vor etwa 200 Vertretern der internationalen Presse. Müller betonte, daß er mit Stresemann trotz seiner Zugehörigkeit zu einer ganz anderen Partei in den außenpolitischen Zielen fast immer einig gewesen sei und die Sozialdemokratie auch in der Opposition die außenpolitische Linie Stresemanns unterstützt hätte. Er habe nicht als Parteimann, sondern als Chef der gegenwärtigen Regierung gesprochen. Als Sozialdemokrat würde er seine Rede noch schärfer formuliert haben. Der deutsche Standpunkt zur Abrüstungsfrage sei kein Propagandastandpunkt. Das gehe schon daraus hervor, daß sich die deutschen Vertreter in der Abrüstungskommission stets mit einer etappenweisen Lösung einverstanden erklärt hätten. Aber man müsse immer wieder daran erinnern, daß der Friedensvertrag das Versprechen der allgemeinen Einschränkung der Rüstungen enthalte, die eine Folge der deutschen Abrüstung sein sollte. Dieses Versprechen sei nicht nur Deutschland und den andern besetzten Staaten des Weltkrieges, sondern allen Völkern der Welt gegeben worden.

Die Sozialisten gegen Briand

SPD Paris, 12. September (Radio).

Im Auftrage seiner Partei hat der sozialistische Abgeordnete Braud auf Grund der Rede Briands eine Interpellation in der Kammer angemeldet.

„Wir wollen doch einmal sehen“, schreibt dazu der sozialistische Populaire, „ob wir nicht unsere angeleglichen Friedensfreunde dazu bringen können, Farbe zu bekennen. Briand hat uns in Genf ein erbauliches Schauspiel aufgeführt. Als es sich darum handelte, endlich zu schreiben, hat er sich in der schmachvollsten und flüchtigsten Weise zurückgezogen. Mit dem Frieden streiten will er gern, aber er ist kein ernsthafter Liebhaber. Er ist wohl einmal ein Dmelett in Thoiry und trinkt einen Porto in Locarno, aber wenn er nun in Genf etwas Praktisches leisten soll, dann sagt er nein.“

Der offiziöse Petit Parisien erklärt heute, Briand selbst sei am meisten überrascht gewesen von der Sensation, die seine Rede hervorgerufen hat und Vertinox ergänzt dieses Geständnis im Echo de Paris dahin, daß Briand seine Festigkeit sofort bedauert habe.

Ueber Abrüstung wird weiter geredet

WTB Genf, 11. September.

Die allgemeine Aussprache über das gesamte Abrüstungsproblem im 3. Verparlamentarischen Union, Lange (Norwegen), eröffnet. Lange brachte auf Grund einer Instruktion seiner Regierung den lebhaften Wunsch zum Ausdruck, daß auf dem Boden des Artikels 8 des Völkerbundespaktes nunmehr etwas Gesehenes möge. Er freute sich, feststellen zu können, daß dieser Wunsch sich durchaus mit den Darlegungen Briands und Cushendans decke. Im Gegensatz zu den Arbeiten über die Sicherheitsfrage sei der Stand der Vorarbeiten über die Abrüstungsfrage nicht befriedigend, weshalb es notwendig sei, daß gegenüber den politischen Gesichtspunkten die technischen Fragen zurücktreten. Briand habe das selbe wohl gefühlt, als er in seiner gestrigen Rede von den Schwierigkeiten gesprochen habe, die Techniker von ihrem Standpunkte abzubringen. Das Beispiel, das England und Frankreich durch den Abschluß des Flottenkompromisses gegeben hätten, sollte nach seiner Meinung auch von anderen Staaten befolgt werden. Lange empfahl die Beschränkung der Militärbudgets und trat für die Einsetzung eines ständigen Ausschusses ein, der die Fortschritte in der effektiven Abrüstung in der verschiedenen Ländern verfolgen sollte. Es müsse ein festes Verhältnis des Rüstungsstandes der einzelnen Länder durch vertragliche Vereinbarungen geschaffen werden. Die Völkerbundsversammlung sollte sich deshalb für die beschleunigte Wiederannahme der Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungsausschusses einsetzen und verlangen, daß die Einberufung der ersten internationalen Abrüstungskonferenz auf jeden Fall vor der nächsten Völkerbundsversammlung erfolge.

Kampf um das bayerische Wahlgesetz

Die Klage vor dem Staatsgerichtshof

Beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich liegt schon seit März d. J. ein Antrag der Demokratischen Partei, dem sich später auch die Wirtschaftspartei angeschlossen hat, der die Abänderung verschiedener Bestimmungen des bayerischen Landeswahlgesetzes verlangt. Es handelt sich dabei um wesentlichen um jene Bestimmungen, die verhindern, daß durch bloße Zusammenzählung von Spitzstimmen aus dem ganzen Lande Mandate von Parteien erobert werden können, die nicht in einem Wahlkreis eine gewisse Stimmenzahl erreicht haben. Da außerdem der Wahlkoeffizient nicht in allen Wahlkreisen der gleiche ist, erblickt die Antragsteller, die bei der letzten Landtagswahl mandatslos geblieben sind, darin eine Verletzung des Artikels 17 der Reichsverfassung.

Die Anträge auf Annullierung dieser Bestimmungen im bayerischen Landeswahlgesetz haben zu einem längeren Schriftwechsel zwischen dem Staatsgerichtshof in Leipzig und der bayerischen Regierung geführt, die nach einer amtlichen Mitteilung folgenden Standpunkt vertreten hat:

Zunächst bestritt die bayerische Regierung die Zuständigkeit des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich, da das Land Bayern selbst einen Staatsgerichtshof für die Austragung von Verfassungsfragen habe. Für den Fall, daß der Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich seine Zuständigkeit trotzdem für gegeben erachtet sollte, sei die bayerische Regierung der Auffassung, daß Fraktionen und Parteien wie auch einzelne Staatsbürger die Befugnis zur Erhebung von Verfassungsstreitigkeiten überhaupt nicht hätten. Schließlich bestritt die bayerische Regierung für den weiteren Fall, daß der Staatsgerichtshof diese Befugnis aber zuerkenne (und das ist tatsächlich früher schon wiederholt geschehen), die sachliche Berechtigung der gestellten Anträge, denn die Verschiedenheit der Wahlkoeffizienten in den einzelnen Wahlkreisen gehe auf die ungleichartige Zusammensetzung der Bevölkerung auf dem Lande und in den Städten zurück, durch die ohne die Bestimmung des bayerischen Landeswahlgesetzes sich eine Benachteiligung der Bevölkerung des flachen Landes ergeben würde. In den bayerischen Bestimmungen sei deshalb keine Verletzung des Grundgesetzes der gleichen Wahl (Artikel 17 der Reichsverfassung) zu erblicken.

Aus der Beweisführung der bayerischen Regierung gewinnt man den Eindruck, daß sie sich ihrer Sache nicht sehr sicher fühlt. Die Regierung selbst vertritt auf die Auffassung, daß selbst dann, wenn ein Staatsgerichtshof den Klägern Recht geben würde, der auf Grund des unstrittenen Wahlgesetzes gewählte Landtag nicht ungültig sei. Es hätte in diesem Falle keine Neuwahl, sondern nur eine Neuverteilung der Mandate auf Grund der alten Stimmenzahlen zu erfolgen. Auf den Ausgang dieses in verschiedener Hinsicht recht interessanten Streites darf man gespannt sein.

Partei und Reichsbanner

Wir verwiesen unlängst auf einen Aufsatz, den der Genosse Hürsing über den Konflikt in der Reichsbannerorganisation Breslau geschrieben hat. Wir entnehmen den Auszug einer Korrespondenz, sey werden wir von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß der Vorwärts eine andere Partie dieses Aufsatzes wiedergab, in dem beziehungsweise eine besonders die Partei interessierender Satz weggelassen wurde. In dem Aufsatz Hürsings hieß es weiter wie folgt:

„Solche Beschlüsse sind unserer nicht würdig; wir dürfen nicht in die Fehler unserer Gegner verfallen. Wenn man sagt, weil einer der örtlichen republikanischen Parteivereine (gemeint ist die SPD) vorher einen gleichen Beschluß gefaßt habe, könne man nicht anders, denn man dürfe die stärkste republikanische Partei am Orte nicht desavouieren, so erwidere ich: Was um alles in der Welt geht uns das an!“

Dazu wird uns geschrieben: Diesen entscheidenden letzten Satz, der einen unerhörten Affront gegen die Partei bedeutet, aus der „nicht nur in Breslau, sondern im ganzen Reich der weitaus größte Teil des Reichsbanners rekrutiert, läßt der Vorwärts fort! Wenn kürzlich in der Berliner Funktionärerversammlung festgestellt wurde, daß es unhaltbar sei, daß der Vorwärts die Dreieinigkeit: Zentralorgan, Berliner Organ und Regierungsblatt vertritt, so wollen wir nicht wünschen, daß er nun noch eine vierte Aufgabe übernimmt: nämlich Reichsbannerblatt zu sein. Die Aufklärung Hürsings sollte nicht Zufriedenheit, sondern schärfste Zurückweisung erfahren. Wir meinen noch immer: erst Partei, dann Reichsbanner!“

„Nationale Nordmark“

SPD Berlin, 12. September. (Radio).

In Hamburg ist auf Veranlassung des Stahlhelms ein sogenannter Bund „Nationale Nordmark“ gegründet worden. In ihm sind alle sogenannten vaterländischen Organisationen vereinigt. Der Bund steht unter starkem Einfluß maßgebender Schiffsahrtkreise, so sieht z. B. der frühere Reichskanzler Cuno im Vorstand.

Hindenburg daheim

Am Kreise der Junker und Stahlhelmer

Der Reichspräsident befindet sich seit einigen Tagen als Gast des Herrn von Oldenburg in Januschan in Westpreußen, auf dessen Anwesen seit einer Reihe von Jahren die Mittel ausgebracht wurden, um den Stammsitz der Familie von Hindenburg, Nestgut und Herrenhaus Neudeck, dem Reichspräsidenten zum 80. Geburtstag zu schenken, indem man es seiner Schwägerin abkaufte.

Das Gutshaus wurde renoviert, und nach der Fertigstellung ist das Gut am Dienstag durch Herrn v. Oldenburg in Anwesenheit des Gesamtverbandes des Kreislerverbandes und von Vertretern des Stahlhelmsverbandes dem Reichspräsidenten mit einer künstlerisch ausgeführten Schenkungs-urkunde überreicht worden. In dieser befindet sich eine Liste aller der Spenden, die zum Gelingen des „Hindenburgbaues“ genannter Werke vornehmlich beigetragen haben. Es werden genannt: Vaterländische Verbände und Vereine, Landwirtenschaft, Handel, Industrie, Schiffahrt, Pante, Offiziersvereinigungen und Einzelpersonen. Auf der Vorderseite der Urkunde stehen die Worte:

„Das unbestiegene deutsche Heer
seinem ruhmreichen Führer.“

Die bei der Überreichung vor dem Schloß von Januschan anwesende Überbringer der Stahlhelmer war von der Stahlhelmorganisation der Grenzmark entsandt, die erst vor einigen Tagen in Stoll eine neue Rundgebung des Halbes gegen die Republik veranstaltet hatte. Gelegentlich dieser Rundgebung hielt in Gegenwart des Prinzen Oskar von Preußen der Landbundführer von Mohr-Demmin eine Rede, in der er, nach dem Bericht der deutschnationalen Presse, u. a. sagte:

„Die nationale Welle aus dem Osten werde kommen. Es sei wieder an der Zeit, davon zu reden, daß einst die preussische Königskrone vom Grunde der Weichsel herangezogen werden müsse zu neuem Glanz. Der Redner fuhr fort: Unser erstes Ziel ist, den deutschen Osten zu halten, unser zweites Ziel, die marxistische Klassenkämpfung zu befeuern. Eine neue Revolution ist im Werden. Wenn wir frei zusammenhalten, werden wir, Bauer und Soldat, mit Gottes Hilfe diese Revolution zum Siegreichen Ende führen.“

Im Anschluß an diese monarchistische Rede wurde die bekannte Stahlhelmorganisation von Fürstenwalde, die den Haß gegen die Republik, ihre Verfassung und ihre Vertreter predigt, verlesen. Ausgerechnet ein Vertreter dieser Stahlhelmorganisation, der Major Gröner, hielt die Begrüßungsansprache an Hindenburg. Und mit dem Wortführer dieser Stahlhelmeute, die die preussische Königskrone vom Grunde der Weichsel herangezogen wollen, erklärte sich der Präsident der Republik einig in dem Willen, am Wiederantritt des Vaterlandes zu arbeiten! Wollen angesichts solcher Talsachen gewisse republikanische Führer immer noch nicht begreifen, daß Hindenburg den monarchistisch gestimmten Junkern und Stahlhelmer innerlich viel näher steht als den Republikanern?

Das pater peccavi Dr. Föhrs

Die Zentrumsfraktion für den Panzerkreuzer

SPD Der bairische Reichstagsabgeordnete des Zentrums, Dr. Föhrs, veröffentlichte kürzlich einen Artikel, in dem es hieß, daß die personelle Zusammenfassung der Zentrumsfraktion des Reichstags nach den Wahlen eine andere sei als vorher und sich die gesamte Zentrumsfraktion sicher damit einverstanden erklärt haben würde, wenn der Auftrag zum Bau des Panzerkreuzers A nicht erteilt worden wäre. Diese Feststellungen haben in der deutschen Öffentlichkeit berechtigtes Aufsehen erregt und bildeten schon deshalb den Gegenstand längerer Auslassungen in der amtlichen des Katholikentages nach Magdeburg zusammenberufenen Reichstagsfraktion des Zentrums. Die Mitteilung über den Artikel erwies sich als so groß, daß Föhrs dringend aufgefordert wurde, seine Feststellungen zu widerrufen. Das Zentrum wird auch die weiteren Katen für den Panzerkreuzer A bewilligen.

Föhrs hat dem erwarteten Widerruf inwischen entsprochen. Auf einer Bezirkskonferenz des Zentrums in Säckingen gab er die Erklärung ab, daß sein Artikel mißverstanden worden sei und einen ganz anderen Sinn gehabt habe, als es hingestellt worden wäre. Auf einmal! Warum hat Herr Föhrs denn nicht sofort, sondern erst nach einem sanften Druck seiner Fraktion etwas von sich hören lassen?

Heimwehren und bayerische Monarchisten

SPD München, 11. September.

In der Aufrüstung der Heimwehren in Oesterreich mittern die Wittelsbacher Monarchisten, deren Parolen in Bayern selbst immer mehr an Zugkraft verlieren, eine günstige Gelegenheit, ihre alten nachrevolutionären Beziehungen nach Wien und Budapest neuerdings fester zu knüpfen.

Wie wir von unternichteter Seite erfahren, fand am 20. August in Klagenfurt bei einem Herrn v. Studerheim eine Konferenz statt, in der die Möglichkeit erörtert wurde, die monarchistisch gestimmte Kreise der Heimwehren von Kärnten für den Gedanken einer Wittelsbacher Monarchie zu gewinnen. An der Besprechung beteiligte sich u. a. der sogenannte Kronprinz von Bayern, Albrecht, der Sohn Ruprechts, und sein Begleiter, Baron v. Plettenberg, ferner der Putschist Kriebel, 1923 Generalkommandant der Heimwehren, der seit ungefähr zwei Jahren unter dem Deckmantel privater Beschäftigung gegen feste Besoldung die Organisation und Aufrüstung der Kärntner Heimwehr leitet, und schließlich auch jener berühmte Münchner Putschist Neuzert, der als Intimer Freund des Hauves Wittelsbacher seit 1920 seine Hände in allen verbrecherischen Restaurationsplänen hatte, die von München und Bayern ausgingen.

Besonders bemerkenswert ist, daß der im 24. Lebensjahr lebende Prinz Albrecht die Reise nach Klagenfurt unter dem falschen Namen eines Grafen von Schepner machte und sich beim Übergang in Salzburg mit einem auf diesen Namen lautenden Paß ausgewiesen hat. Ob dieser falsche Paß auch von der Münchner Polizeidirektion ausgestellt war, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis.

Mißbrauch der Amnestie

SPD Eine Horde von Hakenkreuzern hat in Düsseldorf vier jüdische Damen und Herren schwer mißhandelt. Die besondere Gemeinheit der Hakenkreuzer bestand darin, daß sie in einer Wirtschaft zunächst mit den Damen tanzten, dann aber über sie herfielen und sie verprügelten. Sie wollten, die Juden einmal das Laufen lehren“ und „einem Juden einmal die Presse polieren“ — was sie so befohlen, daß das Gericht, dem sie zugeführt wurden, ihre Taten als „brutal, feige und gemein“ bezeichnete. Trotzdem wurden ihnen mildernde Umstände zugestanden; sie kamen mit 200 Mark Geldstrafe davon. Die mildernden Umstände bestanden darin, daß das Gericht annahm, daß es sich um eine Tat aus politischen Motiven handele, die im Hinblick auf die Amnestie „in milderndem Lichte zu sehen“ sei.

Das ist ein offenkundiger Mißbrauch der Amnestie, ein Freibrief für jede Gemeinheit und feige Brutalität. Dieses Gerichtsurteil verkehrt den Sinn der Amnestie in sein Gegenteil. Die Amnestie soll einen Schlüsselstrich ziehen unter das, was gemein ist, aber nicht für die Zukunft eine laxe Rechtsauffassung gegenüber dem politischen Banditentum einleiten. Es ist nötig, daß dieses Urteil und diese mildernden Umstände in zweiter Instanz nachgeprüft werden.

„Non plus ultra“

Das neue Panzerschiff

Von L. Perrius, Kapitän zur See a. D.

Berliner Blätter bringen Konstruktionsdaten des Panzerschiffs A. Da heißt es: „Die Verbindung der Platten und Spanten wird nicht wie früher durch Nieten, sondern durch Verschweißungen, ein ganz neues Verfahren, hergestellt. Dadurch wird außerordentlich viel Gewicht erspart. Sechs 28-Zentimeter-Geschütze in zwei Drillingstürmen beschießen das Schiff, jeden Kreuzer der augenblicklich in Gebrauch befindlichen Typen außer Gesicht zu legen“ usw.

Es hält schwer, keine Satire zu schreiben! Der Wunsch war der Vater des Gedankens; man muß jetzt der triillioyer Landratte das neue Panzerschiff recht schmachtig machen, es als ein „non plus ultra“, ein unübertreffbares Etwas, ein Wunderschiff angepreisen, damit dem Bau weiterer Schiffe kein Widerstand mehr geleistet wird. Die Landratte soll glauben, daß es der Marineleitung gelungen ist, eine ungeheure Summe von Angriffs- und Verteidigungsqualitäten auf ein Displacement von 10 000 Tonnen zu vereinen, eine so ungeheure Summe, daß es keiner anderen Seemacht möglich ist, diesen märchenhaften Schiffstyp „made in Germany“ vernichten zu können. Dieser Wunsch kauft doch ein wenig zu naiv aus. Auch der dümmste Schulbub weiß, daß, wie er ein Perpetuum mobile ins Reich der Phantasie zu verbannen hat, der Gedanke ebenso unausführbar ist, ein Schiff von 10 000 Tonnen zu konstruieren, das starken Panzer und schwere Geschütze trägt und zugleich ein Schnellläufer ist.

Wir hätten aus den Tirpitzzeiten die Lehre genommen haben, daß deutsche Kriegsschiffbauwerke vielfach eine unglückliche Hand hatten. Wohl versprach der Ballenbieger dem Reichstag das Beste vom Himmel, wenn es galt, die Eigenschaften seiner schiffbaulichen Schöpfungen ins rechte Licht zu setzen. Was blieb dann später übrig? Ungenügend armierte und ungenügend gepanzerte und langsame Schiffe. Admiral v. Pohl, einer der Führer der Hochseeflotte im Kriege, schrieb in seinen Erinnerungen: „Der Kaiser hat immer gesagt, daß die Panzer zu schwach sind. Blücher ist ein ganz erbärmliches Schiff“ usw. Und vor dem Untersuchungsaußenrat räumte Admiral v. Capelle ein: „Es hat sich allerdings herausgestellt, daß unsere Schutzweite geringer war als die der Engländer.“ Der Kaiser beachte: wenn meine Schutzweite geringer ist, als die des Gegners, kann mich dieser tödschießen, während ich ihm keinen Schaden tun kann. Soll es nun wieder so werden?

Herr Gröner tritt als braver Küniger in die Tirpitz-Spuren. Selbstverständlich ist er, weil er selbst kein Marinier ist, nur dem Einfluß des Admirals Zentker und der Seesoffiziere erlegen. Gröner hat allerdings die Behauptung, er lasse sich einwickeln, entkräftet zurückgewiesen. Am 2. März d. J. sagte er im Reichstag: „Was den Vorwurf anbelangt, ich lasse mich einwickeln und hinteres Licht führen, so wird die Zukunft das Unrecht dieser Vorwürfe zeigen.“ Nun geht aus der halbamtlichen Veröffentlichung der Konstruktionsdaten des neuen Panzerschiffs hervor, daß Herr Gröner nach allen Regeln der Kunst eingewickelt worden ist. Untersuchungen der Veröffentlichung. Die Artillerie soll aus sechs 28-Zentimeter-Geschützen in zwei Drillingstürmen bestehen. Sechs 28-Zentimeter-Kanonen auf einem 10 000-Tonnen-Schiff ist eine beträchtliche Leistung, die das Kopfschütteln jedes Fachmanns herausfordert. Jedenfalls ist dergleichen bisher noch nicht vorgekommen. Aber wir sind ja daran gewöhnt: „Deutschland in der Welt voran“. Die artilleristische Bewaffnung wird also in den Vordergrund gehoben, Panzerung und Geschwindigkeit werden ihr geopfert. Auf unserer alten Panzerschiffe, wie Schilling u. a., sind nur vier 28-Zentimeter-Geschütze, Rohrlänge 40 (d. h. Rohrlänge gleich 40 Kaliber), bei 12 000 Tonnen Displacement untergebracht. Die neuen 28-Zentimeter-Geschütze werden länger nicht 40, sondern, wie es neuerlich wäre, 50 Rohrlänge erhalten. Hiermit werden die Geschütze naturgemäß schwerer, nicht nur die Rohre, auch die

Veretten, Türme, Unterbauten. — Die Unterbringung der sechs Kanonen in zwei Drillingstürmen ist keine deutsche Erfindung; man kennt sie in der nordamerikanischen und französischen Marine, und unser neuer Kreuzer Königsberg hat sie bereits.

Nun aber zum Kaliber! Keine andere Marine legt auf 10 000-Tonnen-Schiffe das 28-Zentimeter-Kaliber. Nordamerika, England, Frankreich, Italien, Japan usw. gebrauchen bei 10 000 Tonnen nie ein höheres Kaliber und damit schwereres Geschütz als das 20-Zentimeter. Man verwendet kein schwereres Kaliber, weil dann die Maschinenanlagen zu sehr beschränkt werden würden, was niedrigere Geschwindigkeit besagt. Nicht zu vergessen ist, daß alle die fremden 10 000-Tonnen-Schiffe Kreuzer, nicht Panzerschiffe, wie A, sind. Panzerschiffe baut man in anderen Ländern in Größe von 20 000 bis 40 000 Tonnen und darüber. Nur wir unternehmen es, ein Panzerschiff von 10 000 Tonnen Displacement zu konstruieren. Die gesamten fremden 10 000-Tonnen-Schiffe haben eine Geschwindigkeit von über 30 Seemeilen in der Stunde (eine Seemeile gleich 1852 Meter). Die offizielle Bekanntmachung verheißt schließlich, wieviel unser Panzerschiff laufen soll. Es heißt nur: „es kann sich der Verfolgung durch ein Linienschiff entziehen“. Also wird die Geschwindigkeit derart sein, daß es „flüchten“ kann! Englische u. a. Linienschiffe laufen 20 bis 24 Seemeilen. Mit 26 bis 28 Knoten Schnelligkeit müßte also A ausgestattet sein. Jedoch ist dies graue Theorie! In der Praxis müßte der Ueberhohj mindestens 5 bis 6 Knoten sein.

Tanach wäre also A ein Schnellläufer mit etwa 30 Seemeilen. Es findet sich auf der gesamten Welt kein ernst zu nehmender Schiffebauer, der glaubt, man könne ein 10 000-Tonnen-Panzer-Schiff bauen, das sechs 28-Zentimeter-Kanonen trägt und 30 Knoten schnell ist!

Nur aber besitzen fremde Flotten nicht nur Linienschiffe, die neun 40-Zentimeter-Geschütze tragen und 24 Knoten schnell sind, sondern auch sogenannte Schiffschlepper oder Linienschiffskreuzer, die bei einem Displacement von 45 000 Tonnen mit acht 38,1-Zentimeter-Kanonen besetzt sind und 32 Seemeilen laufen, z. B. englisch Hoop.

Das Ergebnis vorstehender Untersuchung: was zu erwarten, was selbstverständlich war, steht nun fest: ein 10 000-Tonnen-Panzerschiff wird bei uns gebaut, das in Zeiten, wo es keine U-Boote oder Flugzeuge gab, als eine Festkonstruktion hätte gelten müssen, weil es bei zu schwerer Artillerie nicht schnell genug sein kann. Heute vollends, unter dem Gesichtspunkt moderner Seetriegsführung ist das neue Panzerschiff dazu bestimmt,

entweder beim Ausbruch des Krieges im Hafen durch eine vom feindlichen Flugzeug geworfene Bombe vernichtet zu werden, oder aber, falls es so leichtsinnig sein sollte, das Schicksal herauszufordern und in See zu gehen, dem Schicksal eines vom U-Boot lanzierten Torpedos zum Opfer zu fallen.

Man erinnere sich der Tat Weddicens. Mit U 9, einem alten kleinen Unterseeboot verankerte er innerhalb einer Stunde am 22. September 1914 drei englische Panzerkreuzer (Cressin, Aboukir, Hogue), von denen jeder 12 000 Tonnen groß war! Aber wahrscheinlich waren sie nicht „geschweift“! Die Flottenleitung müht sich wirklich der Leichtgläubigkeit des leichtsten Volksgenossen etwas nie zu, wenn sie verlaßbaren läßt, daß das neu von unserer Marine erfundene Schweißverfahren wahre Wunderdinge in der Kriegsschiffkonstruktion hervorbringen würde. „Das neue System macht es möglich, daß das Schiff 20 Prozent weniger wiegt als etwa ein getriebener Kreuzer der gleichen Größe.“ 20 Prozent Gewichtersparnis, wohlverstanden: das Schiff soll 20 Prozent weniger wiegen als ein getriebenes, wird selbst bei jeder Landratte auf stummes Stöhnen stoßen!

Leider ist anzunehmen, daß Herr Gröner mit seinem „Non-plus-ultra“-Panzerschiff, das Österreich gegen Rußland und Polen verteidigen soll, genau so viel Glück hat, wie sein Herr Tirpitz mit seiner Flotte, die unsere Rauffahrtsschiffe auf allen Meeren beschießen sollte.

Wahrvorbereitungen in England

Umgestaltung des Kabinetts

WTB London, 12. September.

Daily Telegraph erfährt, unmittelbar vor den Neuwahlen im nächsten Jahr werde eine Mitteilung über die Umgestaltung des Kabinetts Baldwin gemacht werden, die durch die aus Gesundheits- oder anderen Gründen geäußerten Wünsche verschiedener Mitglieder erforderlich sei. Es verlautet, daß der Staatssekretär des Innern, Johnson Hyde aus Gesundheitsrücksichten wünsche, sein Ressort gegen eine weniger schwer lastende Verantwortung zu tauschen, voraussichtlich würden ferner an der Umgestaltung beteiligt sein: Chamberlain, Lord Balfour, Bridgeman, Lord Salisbury (Führer der Regierung im Oberhaus), Cecil-Stafford und Cunliffe-Wilfer. Lord Birkenhead dürfte bald aus dem Kabinett ausscheiden, um einen Posten in der City anzunehmen. Es sei unvermeidlich, daß dem neuen Kabinett viel neues Blut zugeführt werde.

Japan und das Flottenabkommen

Tokio, 11. September.

Ministerpräsident Baron Tanaka teilte in einer Kabinettsitzung mit, die Regierung habe Großbritannien inoffiziell davon verständigt, daß Japan das französisch-englische Flottenabkommen grundsätzlich freundlich aufnehmen, obwohl es der Meinung sei, daß es schwerlich lein werde, es durchzuführen. Japan werde sich eine offizielle Antwort vorbehalten, da die Vereinigten Staaten ihre Auffassung noch nicht bekanntgegeben hätten. Marineminister Okada erklärte, Japan begrüße lebhaft ein solches Abkommen, da es einen Schritt vorwärts zur Weltabrüstung darstelle.

Judenpogrom in Litauen

SPD Warschau, 11. September.

In Wylkomki (Litauen) drangen Mitglieder der berüchtigten Organisation des eisernen Willens in einen jüdischen Tempel ein und überfielen die Betenden; 80 Juden wurden schwer verletzt. In Schaulan wurden 20 Juden auf der Straße überfallen und durch Schläge und Messerstiche ebenfalls schwer verletzt. In beiden Fällen nahm die Polizei keine Veranlassung, einzuschreiten.

Am 14. und 15. September werden bei Paris große Manöver der französischen Luftstreitkräfte stattfinden, von denen 350 Flugzeuge teilzunehmen sollen. Der englische Luftfahrtminister wird, dem Watten zufolge, den Übungen beiwohnen.

Mit Vorsicht aufzunehmen!

SPD London, 12. September. (Radio.)

Eine hiesige Agentur meldet aus Riga, daß in Rußland wieder einmal eine „umfangreiche gegenrevolutionäre Bewegung“ ausgedehnt worden ist und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sind. An der angeführten Verhaftung sollen auch Führer der Roten Armee aus Odessa und Riew beteiligt sein. Die Polizei hat nach den vorliegenden Meldungen im Zusammenhang mit der „Verhaftung“ in den letzten Tagen wiederholt umfangreiche Razzien in Leningrad, Moskau und Charkow vorgenommen. Von diesen polizeilichen Akten wurde insbesondere die sogenannte Intelligenz betroffen.

Die neuen Kämpfe in China

Times berichtet aus Peking: Britische, französische und japanische Offiziere besetzten den Kwangsi-Befehlshaber Baitschungshü als Beobachter an die Front, wo ein allgemeiner Vormarsch jetzt gegen die Ueberbleibsel der Tschili- und Schantung-Armee im Gange ist. Die bereits gemeldete Einnahme von Tangshan (83 Meilen Bahnfahrt von Tientsin entfernt), wo ein britisches Bataillon aufgestellt worden ist, scheint nicht von irgendeinem Zwischenfall begleitet gewesen zu sein. Eine von Westen vorrückende Kolonne hat Fenjan (20 Meilen nördlich von Tangshan) nach kurzem Kampfe besetzt.

Die Monarchie in Albanien

TU Mailand, 12. September.

Nach einer Meldung des Popolo d'Italia aus Tirana hat der türkische Außenminister dem albanischen Gesandten in Ungarn die Glückwünsche der türkischen Regierung zur Verfassungsänderung in Albanien ausgesprochen. Er hat ferner erklärt, daß die Türkei noch im Verlauf der Woche die albanische Monarchie anerkennen werde.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:

Hugo Saupé in Leipzig.

Verantwortlich für den Anzeigenenteil:

Hugo Seybold in Leipzig.

Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft Leipzig.



Diese Nummer umfaßt 14 Seiten.

Giftgas über Halle

in Halle, 11. September.

Am Dienstagvormittag wurden die südlichen Stadtteile von Halle mit schwefelhaltigen Gasen überzogen.

Es stellten sich Kopfschmerzen, Tränen, Brechreiz und Verschleimung der Atmungsorgane ein.

Das giftige Gas war von solcher Intensität, wie sie die Kriegsteilnehmer von Senfgas her kennen.

Die Schließung der Schulen ist mit Zustimmung der städtischen Schulverwaltung erfolgt. Der Hallenser Magistrat versucht schon seit einiger Zeit und wird diese Bemühungen jetzt mit Beschleunigung betreiben, eine Abstellung der Giftgasentwicklung in der Grube Alwine zu erwirken.

Halle wird von zwei Seiten her verpestet. Vom Süden durch die Grube Alwine, vom Norden durch die Gräbiger Papierfabrik.

Von den Grönlandfliegern

SPD Berlin, 12. September. (Radio.)

Die amerikanischen Flieger Cramer und Haffel, die über Grönland einen Flug nach Stockholm unternehmen wollten und nach vierzehntägiger Zerrfahrt schließlich wieder aufgefunden werden konnten, sind neuerdings abermals einem Unglück zum Opfer gefallen.

Der Schiffsunfall auf der Elbe

WZ Altona, 11. Sept.

Wie jetzt zu dem Zusammenstoß zwischen den Dampfern Königin Luise und Cornwood auf der Elbe vor Blankenese amtlich festgestellt ist, werden außer dem bereits als vermisst gemeldeten Proturisten Standke noch die Kontoristin Fischer aus Elmshorn und das Dienstmädchen Moeller aus Wedel vermisst.

Im Fallsboot über den Ozean. Wie Associated Press aus San Juan (Portoriko) meldet, ist der Deutsche Franz Romer in seinem Fallsboot, in dem er den Atlantischen Ozean überquert hat, von St. Thomas in Neugort eingetroffen.

Die Eisenbahnkatastrophe in Mähren

Wie das Unglück geschah

SPD Prag, 11. September.

Die Eisenbahnkatastrophe auf dem Bahnhof der Station Saig in der Nähe des österreichisch-tschechischen Grenzortes Lundenburg stellt einen der schwersten Eisenbahnunfälle dar, die sich in den letzten Jahren auf dem Kontinent ereignet haben.

Das Unglück ist durch eine falsche Weichenstellung verursacht worden. Die beiden tschechischen Angestellten, der Stationsgehilfe Bartoschik und der Weichensteller Fibich haben die falsche Weichenstellung eingestanden.

In der Station war seit dem 6. d. M. eine neue selbsttätige Blockierungseinrichtung eingebaut, die zur Sicherung des Betriebes mit Stellschloßern versehen war. Am Unglückstage war der Stationsgehilfe Bartoschik mit ihrer Bedienung beauftragt; zur Erhöhung der Sicherheit war ihm der Weichensteller Fibich vorgeschrieben worden, dessen Pflicht darin bestand, nach der Weisung des Expedienten die Weiche ordentlich zu stellen.

Der Ausprall hatte furchtbare Wirkungen. Die ersten drei Wagen des Schnellzuges wurden aus dem Gleise gehoben. Die beiden ersten Wagen legten sich quer über die Schienen und wurden von dem Tender der Lokomotive und dem dritten Personenzug in der Mitte förmlich zerfägt.

Aus einer amtlichen Mitteilung der Direktion der Staatsbahnen in Brünn ergibt sich, daß die Katastrophe von Saig bis Dienstag abend 7 Uhr 21 Todesopfer gefordert hat.

In das Krankenhaus in Brünn wurden 31 Schwerverletzte eingeliefert. Die Namen der darunter befindlichen Reichsdeutschen sind: Anna Otto aus Kolberg, Ferdinand Kahler aus Neustadt und dessen Ehefrau, Franz Wittich aus Breslau und ein Ingenieur Joseph Jechmann, wohnhaft in Berlin.

Die „Nationalisierung“

Wie bei uns

(Bericht unseres Korrespondenten.)

J. B. Prag, 11. September.

Dem allgemeinen Nationalisierungsdrang folgend, haben sich auch die tschechoslowakischen Staatsbahnen zu einem „kaufmännischen Betrieb“ gewandelt. Die erste kaufmännische Tätigkeit war die Entlassung von rund 20 Prozent der bisherigen Angestellten, die Restriktion, wie man hierzulande sagt. Diese Restriktion wurde zu einem ausgezeichneten Mittel nationaler Politik; man entließ, unter den wichtigsten Vorwänden deutsche Angestellte, so daß der freigewerkschaftliche deutsche Eisenbahnerverband in der Tschechoslowakei seine ganze Kraft aufbieten mußte, um wenigstens das Schlimmste zu verhindern.

Die Ministerial- und Direktionsbeamten erließen eine Anweisung von Verordnungen und Erlassen, nach denen zu arbeiten als „passive Resistenz“ geahndet und bestraft wird. Erst dieser Tage besprach das Organ des Eisenbahnerverbandes dieses System, bei dem die oberen Beamten sich durch Verordnungen nach unten hin der Verantwortung entziehen, wie diese Verordnungen nicht etwa für den Verkehr dienen, sondern einzig und allein dazu, damit bei einem Unglück immer jemand da sei, auf den man die Schuld schieben kann.

natürlich darauf keine Rücksicht genommen, sich beschwerende Angestellte werden irgendwie abgefertigt und die Sache „geht weiter“.

Besonders auf der Hauptstrecke, die von Prag nach Lundenburg und weiter nach Wien oder über Pilsen nach Budapest führt, sind dieses Jahr die Verhältnisse infolge der in Brünn stattfindenden Jubiläumsausstellung katastrophal. Täglich durchfahren Sonderzüge die Strecke, besonders Sonnabends, Sonntags und Montags herrscht hier ein Verkehr, der mindestens vier- bis fünfmal dichter ist als normalerweise.

Es kann der Öffentlichkeit und auch dem durch die Tschechoslowakei durchreisenden Publikum nicht gleichgültig sein, wo die eigentliche Verantwortung für die furchtbare Katastrophe liegt.

Eisenbahnunglück auch in Japan

TU Tokio, 11. September.

In der Nähe Ojaka's entgleiste ein D-Zug. Vier Personen wurden getötet und 11 teils schwer, teils leicht verletzt.

Advertisement for KURMARK Cigarettes. Text includes: 'Sie sind doch auch ein urteilsfähiger Kenner und vermögen sich ohne langatmige Erklärungen über die Auswahl der Tabake und deren Mischungen selbst zu überzeugen.' and 'dass in der neuen Cigarette KURMARK eine alte Bezeichnung zum Träger eines ERLESENEN ERZEUGNISSES wurde.' Illustration shows a man and a woman in a train car.

Sächsische Angelegenheiten

Hilfsbedürftigkeit und Arbeitslosenunterstützung

Bei der gesetzlichen Neuregelung der Arbeitslosenunterstützung ist ungeklärt geblieben, ob jemand der Bezug von Arbeitslosenunterstützung noch hilfsbedürftig im Sinne der Fürsorge ist, wenn die Richtsätze der Wohlfahrtspflege erheblich über den Unterhaltssätzen der Arbeitslosenversicherung liegen.

In diesen Fällen empfiehlt das Landesarbeitsamt Sachsen unter Bezugnahme auf die Leitlinie des Deutschen Städtetages eine Prüfung der Verhältnisse von Fall zu Fall unter Berücksichtigung besonderer Kostpunkte, z. B. großer Kinderzahl, schwerer Erkrankung, Todesfall, drohender Wohnungsraumung, Berufsausbildung der Kinder usw. Muß dem Arbeitslosen auf Grund wiederholter Arbeitsverweigerung die Unterstüttung zeitweise gesperrt werden, so kann für die Fürsorge häufig Anlaß gegeben sein, ihrerseits die Unterstüttung von der Leistung gemeinnütziger Arbeit abhängig zu machen oder Anstaltsunterbringung anzuordnen. Wird einem Arbeitslosen, der seinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erst im Rechtsmittelverfahren durchsetzen kann, von der Wohlfahrtspflege eine vorläufige Unterstüttung gewährt, so hat die Wohlfahrtspflege einen Rückstattungsanspruch gegen die Arbeitslosenversicherung.

Umgekehrt kann aber auch die Fürsorge ihre Aufgabe, einen Hilfsbedürftigen in den Stand zu setzen, seinen Lebensunterhalt aus eigener Arbeit zu bestreiten, nur mit Hilfe der Arbeitsvermittlung der öffentlichen Arbeitsnachweise erfüllen, von denen erwartet wird, daß sie sich auch schwächerer und weniger leistungsfähiger Arbeitskräfte annehmen. Aus dieser Erwägung einer gleichmäßigen Behandlung aller arbeitsfähigen Personen hat die öffentliche und die private Wohlfahrtspflege mit geringen Ausnahmen auf eigene Arbeitsvermittlung verzichtet. Den Arbeitsämtern wachsen damit aber mehr und mehr sozialfürsorgliche Aufgaben zu, z. B. die Feststellung des Gesundheitszustandes und der Arbeitsfähigkeit, nachgehende Fürsorge bei Berufsschwächen und besonders bei schuldlosen Frauen. Eine Sonderregelung besteht nur noch hinsichtlich der Arbeitsunterbringung von Schwerkranken und Schwerunfallbeschädigten. Ein weiteres Zusammenwirken von Wohlfahrtspflege und Arbeitsämtern hat sich auch bei der beruflichen Fortbildung und Umschulung Jugendlicher, der Unterbringung Lungentruher, Straftatbestände, ferner der Frauen, die bisher unter sittenpolizeilicher Kontrolle standen, und schließlich der wandernden Erwerbslosen notwendig gemacht.

Auch die Wohlfahrtspflege wird letzten Endes von der Wirtschaft getragen. Sucht man die Wirtschaft von den schwachen Kräften zu entlasten, so bürdet man ihr auf der anderen Seite die Kosten auf, die der Wohlfahrtspflege durch die Fürsorgeunterstützung entstehen. Arbeitsnachweise und Wohlfahrtspflege haben daher ein gleiches Interesse: das der Kulturmachung aller vorhandenen Arbeitskräfte für die Wirtschaft. Es ist zu hoffen, daß gegenwärtig in Sachsen mit der Neuorganisation des Arbeitsnachweises und seiner Loslösung von der Gemeindevverwaltung gleichzeitig eine engere Zusammenarbeit von Wohlfahrtspflege und Arbeitslosenunterstützung im Werden begriffen ist.

Rückwärts gerichtet

Der 15000 Mitglieder umfassende Verband sächsischer Handwerker- und Gewerbevereine hielt Anfang September in Marienberg seinen 34. Verbandstag ab. Die ursprüngliche Aufgabe des Verbandes, die Einrichtung, Unterhaltung und Aufsicht über die gewerblichen Fortbildungsschulen sind längst von Staat und von den Gemeinden übernommen. In Marienberg hat nun der Verband seine Aufgaben neu formuliert; er will die Interessen seiner Mitglieder wahrnehmen. Wie diese Interessenvertretung geschehen soll, geht aus den Entschlüssen hervor, die von der Tagung angenommen worden sind. Es heißt da:

Beseitigung der Zwangswirtschaft, Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, Verwaltungsvereinfachung und Steuerermäßigung.

Aufhebung der bevorzugten Stellung der gemeinnützigen Konsum- und Wirtschaftsvereine.

Eine weitere Entschliefung steht für Ausbau der Selbsthilfeeinrichtungen von Handwerk und Gewerbe auf dem Gebiete der Kranken- und Altersfürsorge ein und lehnt die Einbeziehung aller Selbständigen in die reichsrechtliche Sozialversicherung ab.

Schließlich wandte sich der Verbandstag gegen die Einführung des 6-Uhr-Adenstufes und fordert demgegenüber für Badeorte, Sommerfrischen und Landgemeinden den 6-Uhr-Adenstuf.

Mit einem Wort: das rückwärts gerichtete Programm reaktionärer Innungsfratzen!

Schulmänner gegen Lehrmittelfreiheit

Eine interessante Debatte gab es dieser Tage im Schulausschuß der Gemeinde Wilkau. Dort stand ein Antrag auf Einführung der vollkommenen Lehrmittelfreiheit zur Beratung, den die sozialdemokratische Fraktion schon im Frühjahr bei der Kustung des Schulhaushaltplanes eingebracht hatte. Trotz aller Argumente unserer Genossen und energischer Befürwortung durch den Vorsitzenden des Schulausschusses, Bürgermeister Genossen Brendel, blieben die bürgerlichen Vertreter bei ihrem ablehnenden Standpunkt und stimmten dem Antrag mit 5 gegen 4 Stimmen der Linken nieder. Die ablehnende Mehrheit lehnt sich interessanterweise aus einem Schuldirektor, einem Oberlehrer, einem Schularzt, einem Vertreter der christlichen Elternschaft und einem bürgerlichen Gemeindevorstand zusammen. Diese Herrschaften scheinen noch nicht zu wissen, daß nach Artikel 145 der Reichsverfassung die Lehrmittel in den Volksschulen unentgeltlich sein sollen. Aber leider stehen ja viele solche schönen Versprechungen nur auf dem gedulbigen Papier.

Der sächsische Einzelhandel gegen das Arbeitsschutzgesetz

Die sächsische Einzelhandelsvereinigung weist in einem Schreiben an die sächsische Staatsregierung das sächsische Wirtschaftsministerium und die sämtlichen sächsischen Handels- und Gewerbevereine darauf hin, daß der Entwurf eines Arbeitsschutzgesetzes in der vom Reichsrat abgeänderten Fassung im Vergleich zur ersten Gesetzesvorlage eine Reihe wesentlicher Benachteiligungen für den Einzelhandel bringe. Angeblich soll in den Kreisen des sächsischen Einzelhandels eine lebhafteste Beunruhigung festzustellen sein. Die Eingabe der sächsischen Einzelhandelsvereinigung zeigt nochmals die Hauptforderungen des Einzelhandels zusammen.

Vermehrung der sächsischen Gewerbeärzte

Auf der Tagung der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene, die am Dienstagvormittag in Dresden eröffnet wurde, teilte Ministerialdirektor Dr. Mittel in einer Begrüßungsansprache, die er im Namen der sächsischen Staatsregierung hielt, mit, daß die sächsische Regierung in den nächsten Wochen zwei weitere Gewerbeärzte anstellen in der Lage sein werde. Dann bestatigt jeder sächsische Regierungsbezirk einen eigenen Gewerbearzt. Über den Verlauf des Kongresses, der in interessanten Referaten besonders die Frage der Frauenarbeit behandelte, werden wir nach dem Abschluß der Beratungen berichten.

Aus dem Kraftwagen geschleudert und tödlich verletzt

Ein folgenschwerer Verkehrsunfall ereignete sich Montagabend auf der Staatsstraße Zittau—Lößau bei Großhennersdorf. Das Auto eines Peitzdorfer Fabrikanten wollte drei Radfahrer, die in der Richtung nach Herrnhut fuhren, überholen. Als der Kraftwagen die Radfahrergruppe ziemlich eingeholt hatte, bog plötzlich der am weitesten links fahrende Radfahrer auf die Mitte der Fahrbahn. Der Wagenführer rief das Steuer ebenfalls nach links und zog die Bremse stark an. Infolge des hohen Tempos kam der Wagen ins Schlingern, kippte um und fuhr nur noch auf zwei Rädern. Wie Augenzeugen berichten, überflog sich das Auto dreimal, die zwei Insassen, die Gebrüder Meier aus Peitzdorf, wurden in weitem Bogen aus dem Wagen geschleudert und blieben schwerverletzt liegen. Das Auto lag mit den Rädern nach oben auf der Chaussee. Die beiden Verletzten wurden dem Stadtkrankenhaus in Zittau zugeführt, wo der eine kurz nach der Einlieferung verstarb. In der Unfallstelle nahmen Beamte der Kriminalpolizei Zittau umfangreiche Erörterungen zur Feststellung der Schuldfrage vor. Der Unfall ist eine Folge der immer mehr überhandnehmenden Autoraserei.

Druckfehler-Berichtigung. In unserem gestrigen Artikel: „Das industriereiche Sachsen“, ist durch einen Druckfehler eine falsche Angabe über den Gebietsumfang der Kreisshauptmannschaft Dresden entstanden. Die Kreisshauptmannschaft Dresden umfaßt 4366 Quadratkilometer, nicht, wie gestern angegeben, 3466.

Textil-Großkämpfe in Sicht

SPD In der Textilindustrie sind neue große Wirtschaftskämpfe im Anzug. Im Mühlentals-Glabacher Textilbezirk hat sich die Situation im Lohnkonflikt bereits bedenklich zugespitzt. Die Arbeitgeber haben den Beschluß gefaßt, am 15. September den Beschäftigten zum 29. September zu kündigen. Das bedeutet eine Aussperrung von 35 bis 40 000 Textilarbeitern. Mit dieser Aussperrung muß bestimmt gerechnet werden, denn die Haltung der Arbeitgeber zeigt, daß sie von vornherein auf den offenen Kampf hinarbeiten. Die Arbeitgeber verlangen nicht mehr und nicht weniger als einen

Abbau der Tariflöhne um 12 Prozent.

Das ist ihre Antwort zur Forderung des Deutschen Textilarbeiterverbandes auf Erhöhung der Löhne um 15 Prozent. Kein Wunder, wenn unter diesen Umständen die Verhandlungen am letzten Donnerstag gescheitert sind.

Will man die Lohnabbauforderung der Arbeitgeber richtig würdigen, dann muß man sich vor Augen halten, daß die Textilarbeiter ganz allgemein zur Zeit an den Abbau der Arbeitsbedingungen herangehen. So hat der Textilarbeiterverband Mühlentals-Glabach seine Mitglieder per Rundschreiben kritisch aufgefordert, unverzüglich die Arbeitsbedingungen abzubauen, und zwar unter Androhung hoher Konventionalstrafen für den Fall der Nichtbefolgung der Anweisung. Man ist also zur Zeit

Bereits dabei, die Effektzlöhne um 20 Prozent abzubauen,

und trotzdem fordert man nun noch eine Kürzung der Tariflöhne um 12 Prozent. Was bedeutet das? Etwas Ungeheuerliches. Nämlich die Kürzung des Verdienstes der Textilarbeiter um etwa ein Drittel. Ist das nicht heiliger Wahnsinn? Wie sollen die Textilarbeiter, wenn sie nicht verarmen und verkommen wollen, mit einer Lohnkürzung um ein Drittel durchkommen? Ausgerechnet jetzt, wo es in den Herbst und Winter hineingeht und wo die Kosten für jeden Haushalt steigen?

Die Lohnabbauforderung der Textilarbeiter in Mühlentals-Glabach haben eine tiefgehende Erregung in der Textilarbeiterschaft wahgerufen und auch die Textilarbeiter im Reich alarmiert. Die deutsche Textilarbeiterschaft ist sich klar darüber, daß die Kämpfe in Mühlentals-Glabach und in Dören nur der

Ausfall für neue große Kämpfe im ganzen Reich

sein werden. Die Textilarbeiter rufen ja nicht umsonst. Wir können heute der Deftlichkeit einen neuen Beweis für die Kampfrichtigkeit der Textilarbeiter vorlegen. Der „Verband der Arbeitgeber der sächsischen Textilindustrie“ hat in einem vertraulichen Rundschreiben bei seinen Mitgliedern betanztgeben, daß die Chemnitz außerordentliche Generalversammlung des Verbandes beschloffen hat, einen Schulkonkurs zu bilden. Jedes Mitglied des Arbeitgeberverbandes hat an diesen Fonds pro Kopf der Arbeitnehmer (kaufmännische und technische Angestellte, Arbeiter und Arbeiterinnen) je 5 Mark und pro Kopf jedes Mündigen Seimarbeiters 1,25 Mark zu entrichten.

In der Begründung dieses Beschlusses wird die bekannte Utance heruntergebetet: Radikalisierung der Gewerkschaften, Erneuerung des Klassenkampfgedankens als Grundlage gewerkschaftlicher Politik, verfehlte Maßnahmen zur Förderung der sozialen Sicherung usw. Sich mit dieser Utance auseinanderzusetzen wäre Zeitvergeudung. Die Arbeiterchaft hat Wichtigeres zu tun. Für sie muß der Beschluß der sächsischen Textilarbeiter

ein Signal zur Sammlung

sein. Dieselben Unternehmer, die über jeden Biennig, der den Arbeitern gegeben werden soll, Feler und Morbis schreiben und ein über das andere Mal den Zusammenbruch der Textilwirtschaft prophezeien, wenden aus dem Handgelenk heraus große Summen auf für Schulkonkurs. Die Kürtung der Textilindustrie muß jetzt von der Textilarbeiterschaft mit härterem Zusammenstuf, mit Stärkung der Organisation und ihrer Kampfmittel beantwortet werden.

Die Schneider-Aussperrung

In der Herrrentkonjunktion ist die Zahl der Aussperrten nunmehr auf nahezu 40 000 gestiegen. Die Zunahme der Aussperrungsziffer erklärt sich einmal aus der Aufarbeitung der Zuschnitte und dann vor allem aus dem Druck der Arbeitgeberverbände auf die Mitglieder, die sich am liebsten um die ganze Aussperrung herumgedrückt hätten. Dieser Druck zur Auffassung der Kampfrichtigkeit der Unternehmer hat jedoch nur taktischen Wert. Man will nach außen hin sich wenigstens für einige Zeit etwas stark machen, weil man in möglichst guter Haltung an den Verhandlungstisch treten möchte. Gleichzeitig mit dem Druck auf die aussperrungslustigen Elemente im Unternehmerlager ertönt immer lauter und härter aus demselben Lager der Schrei nach Verhandlungen.

„Wo bleibt der Reichsarbeitsminister?“

So fragt die Textilzeitung. Die Unternehmer wollen so schnell wie möglich an den Verhandlungstisch. Das geht aus den von ihnen inspirierten Presseartikeln, die in den letzten Tagen durch die bürgerlichen Blätter gingen, gar deutlich hervor. Reagiert der Reichsarbeitsminister auf die kläglichsten Bitten, dann dürfte es aller Wahrscheinlichkeit nach bereits in den nächsten Tagen zu Verhandlungen kommen.

Die Tarifkontrahenten auf Arbeiterschaft haben, wie sie vor kurzem angekündigt haben, über den Schiedsgerichtsbescheid weitgehende Forderungen gestellt und neuerdings angemeldet. Der Schiedsgerichtsbescheid, der von den Unternehmern und vom Reichsarbeitsministerium abgelehnt worden war, konnte als Verhandlungsbasis

Dresden. Der Tod durch Starkstrom. Am 8. September nachmittags wurde der 20 Jahre alte Elektromonteur Wintler bei Ausführung einer Arbeit im Industriegebiet durch elektrischen Starkstrom getötet.

Vienna. Graufiger Fund. Auf einem Grundstück in der Heidenauer Straße fand man anlässlich der Räumung einer Abortgrube einen Kopf, zwei Arme und zwei Beine eines neugeborenen Kindes, während der Rumpf fehlte.

Wahnen. Ein tödlicher Fliegenstich. Im benachbarten Lautenwalde starb eine junge Frau an den Folgen eines Fliegenstiches. Sie war vor etwa 14 Tagen von einer Fliege gestochen worden, maß jedoch dem Stich keine Bedeutung zu. Als sich im Laufe der Zeit die Wunde derart verschlimmerte, daß Blutvergiftung eintrat, war es bereits zu spät. In den Händen des herbeigerufenen Arztes starb die Unglückliche unter starken Schmerzen.

Schma. Eine Schwerhörige tödlich überfahren. Die 74 Jahre alte Witwe Antonie Kleber wurde beim Überqueren der Straße von einem Personenkraftwagen, der mit einem Fahrlehrer und einem Fahrhülfer besetzt war, tödlich überfahren. Da sie schwerhörig ist, hatte sie vermutlich das Signal nicht beachtet.

Schnitz Waldbrand. In der sächsischen Schweiz entstand zwischen Schnitz und Neustadt ein Waldbrand, der erheblichen Schaden anrichtete. Das Feuer war durch Funkenflug einer Dampfmaschine entstanden.

Chemnitz. Zwischen zwei Buffern zerquetscht. Auf dem Bahnhof Hilsberg geriet der Hilsberger Brandt beim Abkuppeln einer Lokomotive zwischen zwei Buffern. Der Unglückliche wurde dabei so schwer gequetscht, daß er sofort tot war.

nicht mehr in Frage kommen. Die neuen Forderungen enthalten die Lohnsätze, wie sie vor der ersten Schiedsgerichtsverhandlung am 18. Juli verlangt worden sind; weiter wird eine neue Eingruppierung der Frauensöhne bei Beschäftigung an Spezialmaschinen und schließlich Sicherstellung der Heranziehung von Organisationsvertretern bei der Regelung der Tariffrage verlangt. Das Betriebsratsgesetz sieht nur die Heranziehung der gewählten Betriebsratsmitglieder vor. Darüber hinaus verlangen die Tarifkontrahenten — schon mit Rücksicht auf die durch die technische Umstellung notwendig gewordenen Lohnregelungen — Heranziehung von Organisationsvertretern.

Mehr Arbeitslose!

Die neueste Nachweisung über die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung verzeichnet für die Zeit vom 16. bis zum 31. August trotz fortschreitender Aussteuerung von langfristigen Erwerbslosen wiederum eine Zunahme. Die Ausichten des Arbeitsmarktes für die nächste Zeit erscheinen um so bedenklicher, wenn man von solchen Beispielen für rückwärtsstehende Arbeiterentlastungen erfährt, wie sie die Mannheimer Lanzwerte darbieten. Diese sind im Begriff, 1200 Arbeiter zu entlassen. Dabei betont aber die Werkleitung, daß das Geschäft in der Saison für landwirtschaftliche Maschinen lebhaft war und auch jetzt noch andauert. Man denkt also nicht daran, auch nur einen einzigen Arbeiter auch nur einen einzigen Tag länger zu behalten, als die Saison andauert. Im Gegenteil bemüht man sich, so schnell wie möglich Arbeitslose zu machen, um nicht finanzielle Mittel in Lagerarbeit festzuweisen, oder gar eine Arbeitsstunde „unproduktiv“ zu verbringen.

Gewerkschaften im Ausland

Auf den Kohlenzechen bei Mons in Belgien haben 3000 Bergarbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Grund ist darin zu suchen, daß ein Aufseher einen Arbeiter schlug und die Direktion sich weigerte, gegen diesen Aufseher vorzugehen. — Der vor mehreren Wochen ausgebrochene Streik in der Nationalen Gewerkschaft in Herstal bei Lüttich dauert immer noch an.

Die in der Presse oft besprochenen Verhandlungen zwischen britischen Unternehmern und Vertretern der Gewerkschaften haben die Spitzenverbände der britischen Unternehmerorganisationen beschäftigt. Bisher stand den Vertretern der Gewerkschaften nur eine private Gruppe von Unternehmern gegenüber; nunmehr hat eine Arabstimmung bei den Unternehmerverbänden eine feste Mehrheit für den Antrag ergeben, an den wirtschaftsfriedlichen Besprechungen die Organisationen selbst zu beteiligen.

Achtung, Metallarbeiter!

Der durch Schiedspruch vom 5. Mai 1928 abgeschlossene Lohnscharif nebst Regelung über die Schulkleidung, sowie das Ferienabkommen für die Metallindustrie Leipzigs ist durch Entschloß des Reichsarbeitsministeriums für die Kreisshauptmannschaft Leipzig, mit Ausnahme der Amtshauptmannschaften Döbeln und Rochlitz, mit Wirkung vom 1. Juli 1928 für alle gemeinsam verbindlich erklärt.

Wir eruchen die Metallarbeiter der Betriebe, welche dem Verband der Metallindustriellen Leipzigs, e. V., nicht angeschlossen sind, von der Allgemeinverbindlichkeit Gebrauch zu machen und die Durchführung der Abkommen in ihrem Betriebe zu fordern.

Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Leipzig.

Achtung, Bauarbeiter!

Die Bausperrre bei der Firma Stöhr, 2. Realschule, Ecke Dresdner und Kohlgartenstraße, wird hiermit aufgehoben, da die tariflichen Löhne bezahlt sind.

Deutscher Bauarbeiterverband, Bauarbeiterchaft Leipzig.

Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze

SPD Durch Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. August 1928 ist die Versicherungsspflichtgrenze in der Angelegenheitsversicherung mit Wirkung vom 1. September 1928 von jährlich 6000 Mark auf jährlich 8400 Mark erhöht worden. Es gilt vom 1. September 1928 an die bisherige Gehaltsklasse F (Beitrag 20 Mark) bei einem monatlichen Arbeitsverdienst von mehr als 400 bis zu 500 Mark, die Gehaltsklasse G (Beitrag 25 Mark) bei einem Arbeitsverdienst von mehr als 500 Mark bis zu 600 Mark, die Gehaltsklasse H (Beitrag 30 Mark) bei einem Arbeitsverdienst von mehr als 600 Mark. Jeder Pflichtversicherte kann jederzeit in einer höheren als der seinem Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse Beiträge zahlen. Pflicht- und freiwillig Versicherte können sich auch in den Beitragsklassen J mit einem Monatsbeitrag von 40 Mark und K mit einem Monatsbeitrag von 50 Mark freiwillig höher versichern. Alle Anwartschaften in der Angelegenheitsversicherung gelten bis zum 31. Dezember 1928 als zurückgefallen. Die zur Aufrechterhaltung der Anwartschaft etwa noch erforderlichen Beiträge für 1928 können bis zum Schluß des Jahres 1928, die für 1927 bis zum Schluß des Jahres 1929 nachgezahlt werden.

Weshalb er sich verlobte

EPD Bremen, 11. September.

Der Bremer Kaufmann Jdo Behrens hat durch ein raffiniert angelegtes Betrugsmanöver eine Million Stück Bettwäsche im Werte von mehreren hunderttausend Mark erschwindelt und zu einem großen Teil in Berlin zu Gelde gemacht. Der Betrüger wurde auf Grund eines Steckbriefs festgenommen und in das Bremer Untersuchungsgefängnis eingeliefert.

Behrens hatte vor einiger Zeit in Bremen einen kleinen Wäscheladen eröffnet. Er verstand es, sich Eintritt in das Haus eines Bremer Bankiers zu verschaffen und sich mit dessen Tochter zu verloben. Der Bankier gab seinem zufälligen Schwiegersohn auf dessen Wunsch eine größere Summe, um ihm den Ausbau seines Ladens zu ermöglichen. Mit diesem Gelde inszenierte Behrens sein Betrugsmanöver. Es war ihm durch Protektion des Bankiers gelungen, vom Norddeutschen Lloyd kleine Lieferungsaufträge zu erhalten. In den Bureaus dieser Gesellschaft

erhielt er zahlreiche Briefbogen mit Firmenaufdruck und verschiedene Stempel an und bestellte damit im Namen der Gesellschaft bei drei Wäschefabriken in Auerbach im Vogellande Bettwäsche für die Dampfer Europa und Bremen. Behrens ließ dann gegen kleine Vorhülle, die er aus dem von seinem Schwiegervater erhaltenen Gelde leistete, die Waggons mit der Wäsche über verschiedene deutsche Stationen nach Berlin leiten. Hier brachte er die Wäsche durch einen Auktionator an verschiedene Kaufleute zu Spottpreisen zum Verkauf und strich den Erlös ein. Der Schwindel wurde durch die Berliner Vertreter der liefernden Fabriken entdeckt, denen es auffiel, daß der Markt mit auffallend billigen Waren aus ihren Fabriken überschwemmt wurde.

Ein nächtlicher Raubüberfall ist auf der Chaussee zwischen Blankensfelde und Wandsdorf bei Berlin auf den Kreditwagen des Großhändlers Paul Enge verübt worden. Der Wagen fuhr langsam dahin, als plötzlich drei bewaffnete Leute auftauchten und dem Führer ein „Hall“ zuriefen. Der Kaufmann gab sofort Ballgas und entkam, trotzdem die Banditen ihm mehrere Schüsse nachsandten. Von den Tätern fehlt jede Spur.

„Stahlhelm“-Pastoren, e. V.

Die den Deutschnationalen und dem „Stahlhelm“ nahestehenden Pastoren haben sich zu einer „nationalen Kampfbewegung“ zusammengeschlossen.

Für Giftgas und Arawache kämpft, weil das göttlich ist,
Und für die Giftgasbrände
Der seelenvolle Christ!
Die Ewigkeits-Geistlichen
Mit Schwert und Religion —
Die pfeifen auf Erbarmen,
Und auf den Gottesohn!
Was brauchen diese Braven? —
Nun, einen Schießverein —!
Gott Vater kann nicht schlafen —
Will stets gerüht sein!

Kabfau.

Familien-Nachrichten

Blüthlich und unerwartet verschied am 10. September unter lieber Turngenosse

Karl Schütze

Sein Andenken wird in Ehren gehalten.
Die Vorturnerschaft d. Vereins f. Körperkultur Leipzig Süd-West
Die Vereinsgenossen treffen sich Donnerstag, 14.30 Uhr, an der Kapelle des Südfriedhofs.

Nach kurzem schwerem Leiden entschlief Montag abend mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Paul Hugo Bischoff

im 53. Lebensjahr.
Leipzig O 28, den 11. September 1928,
Eisenbahnstraße 101.

Dies zeigen trübsalvoll an
Anna verw. Bischoff und Kinder
nebst allen Hinterbliebenen

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr von der Kapelle des Söllerhäuser Friedhofs aus statt.

Am 11. September, früh 6 Uhr, verschied plötzlich und unerwartet im Alter von 87 Jahren unser guter Vater, Schwiegervater, Groß- und Urgroßvater

Heinrich Schilling

Leipzig, Knautkleeberg,
den 12. September 1928.

In stiller Trauer

Alfred Dietze und die Seinen
im Namen aller Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Freitag den 14. September, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhof zu Knauthain statt.

Nach langem, schwerem Leiden verschied im Alter von 53 Jahren am Dienstag, dem 11. September, meine liebe Gattin, unsere herzensgute Mutter, Schwester, Schwägerin u. Tante, Frau

Minna Karl geb. Steyer

Leipzig-Möckern, Steinmetzstraße 6

In tiefster Trauer

Adolf Karl nebst Kindern
und allen Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Freitag, den 14. September, um 14,30 Uhr, statt.
Blumenspenden werden dankend abgelehnt.

Für die überaus zahlreichen Beweise der Liebe und Teilnahme beim Tode, der Ueberführung nach Leipzig, sowie bei der Einäscherungsteier unseres teuren Entschlafenen, des Gewerkschaftsbeamten i. R.

EMIL JAHN

sagen wir hiermit unseren herzlichsten Dank. Besonders Dank der Freien Sängerschaft, der Freidenkervereinigung, Freien Turnerschaft, dem Reichsbanner und allen Freunden, Verwandten und Bekannten für das letzte Geleit. Weiter danken wir dem Genossen Theer, den Herren Vertretern der Stadtverwaltung der Partei und des Zentralverbandes der Schulmacher für die tröstenden Worte bei der Einäscherung.
Grotzsch, den 11. September 1928

Die tieftrauernden Hinterbliebenen
Anna verw. Jahn und Kinder.

Freude und Leid

verkündet Verwandten und Bekannten die

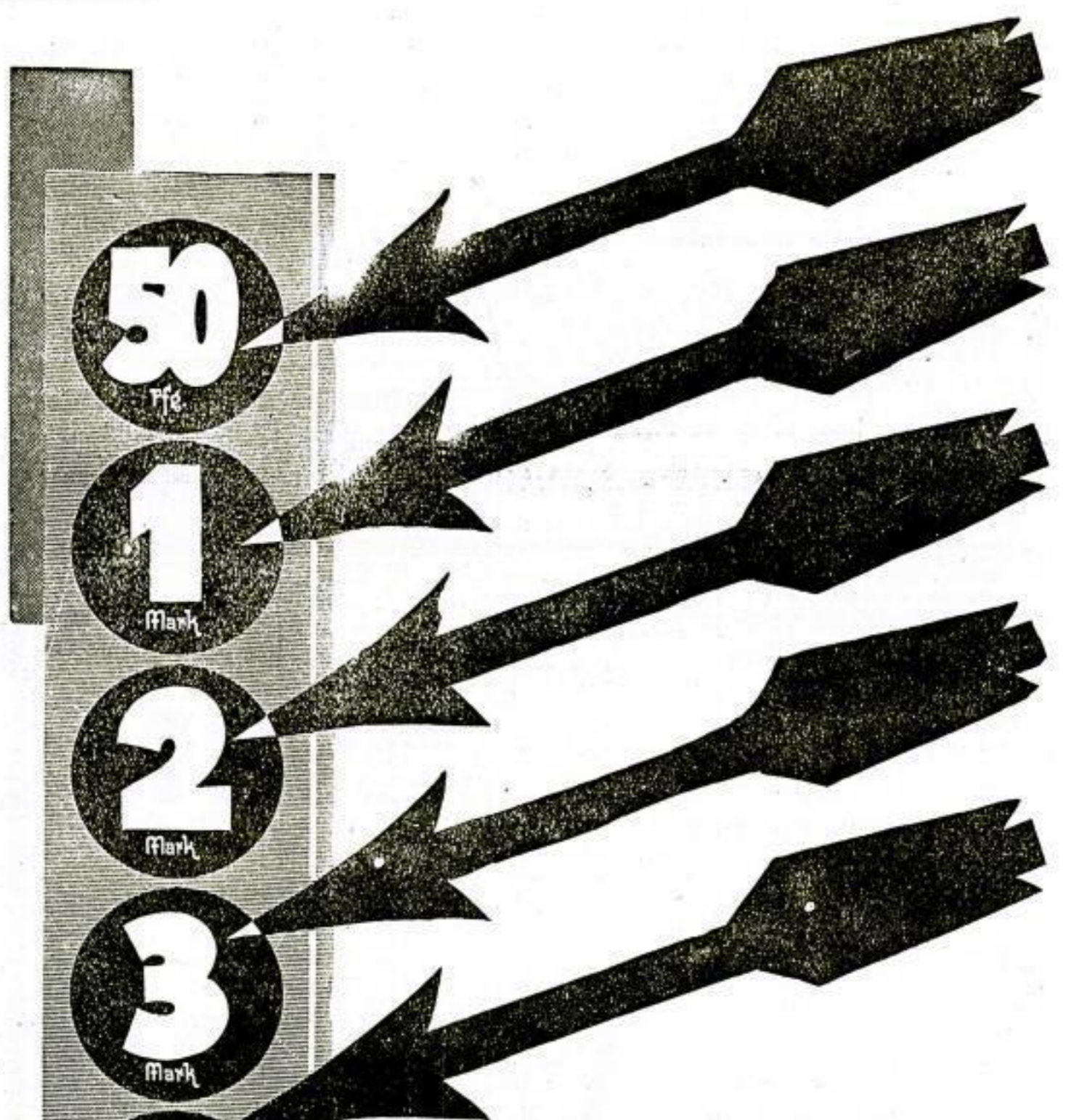
Familien-Anzeige

Gummi-Klose
LEIPZIG-HAIN-TR-17-19

Gummi-Strümpfe, Leibbinden, Hüftgürtel, Brusthalter
„vollendeter Pastör“ bei größter Auswahl
„amengürtel und Bind.“
„separate Damenbademantel“

Haben Sie schon Lose der
2. Hoffstands-Geldlotterie?
Wenn nicht, kaufen Sie sofort!
Ziehung bestimmt 15. und 17. September.
Los 1 Mt. Bei Postverkauf für Gewinnliste und Porto 30 Pfennig extra.
Lose bei allen Losverkaufsstellen und Hauptvertrieb
Invalidentanz, Leipzig, Unterföhlstraße 4.

+ Alithe +
Sanitätskabinett modern, hyg. kosmet. Artikel
M. Thees.
Leipzig 33, Hanrietenstraße 4, Auswärtsversand. Tel. 41882



Das Ziel Zehntausender werden auch diesmal die großen Tage unserer
Einheitspreise
fein. Mit einer Fülle neuer Glanzleistungen werden wir Sie überraschen.
Beginn morgen Donnerstag, d. 13. Sept.
Beachten Sie morgen unsere große, farbige Beilage.
K A U F H A U S
BRÜHL

Wieder ein Todesurteil bestätigt!

Der Ferien Senat des Reichsgerichts verhandelte wieder einmal verschiedene Revisionen.

Am 26. Juni 1927 wurde in einem Kornfeld der Leichnam einer Frau gefunden. Die Frau war durch mehrere Schläge auf den Kopf getötet worden, außerdem hatte der Leichnam verschiedene Schnittwunden am Unterleib.

Als der Tat dringend verdächtig wurde der Fabrikarbeiter Franz Otte verhaftet und am 5. Juni 1928 vom Schwurgericht Baderborn wegen Mordes zum Tode verurteilt. Die dagegen eingeleitete Revision beschränkte sich in der Hauptsache darauf, daß das Gericht der Vorinstanz nicht genügend beachtet habe, daß sich der Angeklagte zur Zeit der Tat in einem Kaufzustand befunden hätte und daher die Tat nicht mit Heberlegung ausgeführt haben könnte. Der Sachverständige hatte behauptet, daß Otte geschlechtlich anormal, aber nicht geisteskrank sei.

Der Reichsanwalt beantragte ohne jede Begründung Verwerfung der Revision.

Der Senat schloß sich dem Antrag des Reichsanwaltes an und bestätigte damit, um den Schlichter nicht arbeitslos zu machen, das Todesurteil.

Vergleich bei Pries

Die Wiederstellungslage gegen die Buchdruckerei Pries über deren Verlauf wir schon einmal berichteten, wurde in der Arbeitsgerichtsinstanz vom 11. September zu Ende geführt. Zuerst berichtete ein Senner, der gemeinsam mit dem Kläger auf der Messe gearbeitet hatte, über dessen Qualifikation. Was man da hörte, war für den Kläger günstig. Er hätte gut gearbeitet und seine Sache ordentlich gemacht. Dann wurde eine Bescheinigung des Mechanik vorgelegt, in der erklärt wurde, daß man mit dem Kläger zufrieden gewesen sei. Interessant und unseres Erachtens die wichtigste Aussage des ganzen Prozesses war das, was ein Kollege des Klägers, ein Formwächser, bezeugte. Man erfährt aus dieser Aussage, daß es mit den Behauptungen des Herrn Pries, daß der Kläger besonders langsam gearbeitet hätte, nicht weit her sein kann. Weiter ergab sich Näheres über die internen Betriebsverhältnisse und über den Dienst des Klägers. Es zeigte sich ganz zweifellos, daß aus Gründen, die in der Eigentümlichkeit des Betriebes liegen und mit der Tätigkeit des Formwächser zusammenhängen, die gesamte Arbeitszeit nicht immer produktiv verwendet werden kann.

Wir glauben, daß es das Manko vieler arbeitsgerichtlichen Verhandlungen ist, daß diese betriebsorganisatorischen Fragen nicht immer mit der nötigen Klarheit von der Kammer erörtert werden können. Die Aussage des unmittelbaren Kollegen des Angeklagten und auch die Aussage des Magazinverwalters waren für den Kläger keinesfalls ungünstig. Er bezeugte nämlich, daß die abgeleiteten Arbeiten immer sauber und einwandfrei gewesen seien. Wir konnten bei dieser Aussage feststellen, daß sie von Seiten des Gerichtes nicht die nötige Beachtung zu finden schien. Von der beklagten Firma waren eine Reihe Einwände gegen die Arbeitsleistung des Klägers erhoben worden, er arbeite uninteressiert und lässig. Es wäre aber ein offenkundiger Gegensatz, wenn auf der einen Seite feststeht, daß der Kläger seine Arbeiten korrekt ausgeführt habe, also Sorgfalt und Pünktlichkeit bewiesen hat, auf der anderen Seite ihm aber alle schlechten Eigenschaften zugeschrieben werden.

Nachdem die Beweisnahme geschlossen war, ging Genosse Stürz in ausführlicher Weise auf die Bewertung der einzelnen Zeugen aus. Er verwies noch einmal auf die Tatsache, daß zwischen Herrn Pries und den Zeugen vor der ersten Verhandlung eine Aussprache stattgefunden habe und daß man dieses Vorgehen bei der Beurteilung der Zeugenaussagen in Berücksichtigung ziehen müsse. Es komme noch hinzu, daß sich erst jetzt herausgestellt habe, daß Herr Pries einen in der vorhergehenden Verhandlung vernommenen Zeugen durch die Mitteilung beeinflussen wollte, daß er — nach angeblichem Beschluß des Arbeiterrates — gekündigt werde, wenn der Kläger wieder eingestellt werden müsse.

Nach längerer Beratung schloß das Gericht einen Vergleich durch Zahlung einer W 5 f i n d u n g s u m m e vor. Da der Kläger und seine Prozessbevollmächtigten wohl den Eindruck hatten, daß durch die „Generalprobe“ des Herrn Pries sein Zeugenapparat bis

Die erhöhten Tarife der Reichsbahn

Fahrpreise für Personen-, Eil- und D-Züge

Die Einführung des Zweiklassensystems bei der Reichsbahn ist, wie bereits berichtet wurde, nunmehr endgültig für den 7. Oktober 1928 vorgelesen. Vom 7. Oktober an wird im allgemeinen nur noch eine Posterkategorie mit der Bezeichnung 2. Klasse und eine Holzkategorie mit der Bezeichnung 3. Klasse geführt. Die bisherige 1. Klasse wird nur in den besonders wichtigen Schnellzügen, in den FD-Zügen, I-PD-Zügen und in den Schlafwagen beibehalten.

Anlässlich der Verminderung der Wagenklassen treten mit Wirkung vom 7. Oktober 1928 auch die vom Reichsverkehrsminister genehmigten Tarifänderungen in Kraft.

Die Einheitszüge

Der Einzelarten betragen einschließlich Beförderungsteuer je Kilometer

- in der ersten Klasse 11,2 Wg.,
- in der zweiten Klasse 5,6 Wg.,
- in der dritten Klasse 3,7 Wg.

Die Schnellzugzuschläge betragen:

1. und 2. Klasse		3. Klasse
1. Zone (1-75 km)	2.- Wg.	1.- Wg.
2. Zone (76-150 km)	4.- "	2.- "
3. Zone (151-225 km)	6.- "	3.- "
4. Zone (226-300 km)	8.- "	4.- "
5. Zone (über 300 km)	10.- "	5.- "

Die Eilzugzuschläge betragen:

1. und 2. Klasse		3. Klasse
Nachzone (1-35 km)	0,50 Wg.	0,25 Wg.
1. Zone (36-75 km)	1.- "	0,50 "
2. Zone (76-150 km)	2.- "	1.- "
3. Zone (151-225 km)	3.- "	1,50 "
4. Zone (226-300 km)	4.- "	2.- "
5. Zone (über 300 km)	5.- "	2,50 "

Für FD-Züge ist außerdem ein Sonderzuschlag von 4 Mark in der ersten und zweiten Klasse zu zahlen. Für FD-Züge (Rheingoldzug) ein Sonderzuschlag von 8 Mark in der ersten und zweiten Klasse zu zahlen. Bei Gesellschaftsfahrten in Schnell- oder Eilzügen wird der Zuschlag nur in Höhe von 75 Proz. erhoben. Es werden besondere Monatskarten für Personenzüge und für Eilzüge ausgegeben. Ihre Preise werden nach folgenden Einheitszügen gebildet:

2. Klasse Personenzug	5,6 Wg.
2. Klasse Eilzug	7,5 Wg.
3. Klasse Personenzug	3,7 Wg.
3. Klasse Eilzug	5 Wg.

Die Preise der 3. Klasse Personenzug entsprechen demnach künftig denen der jetzigen 4. Klasse, die der 3. Klasse Eilzug denen der jetzigen 3. Klasse und die der 2. Klasse Eilzug denen der jetzigen 2. Klasse. Die Preise der Arbeiterwohnenarten und Kurzarbeiterwohnenarten bleiben unverändert. Als Preis der Arbeiterwohnenarten wird der Fahrpreis der 3. Klasse Personenzug für eine einfache Fahrt erhoben. Für die Beförderung von Hunden ist der halbe Fahrpreis 3. Klasse Personenzug zu zahlen. Die Preise der Militärfahrarten und Bahnsteigarten, sowie die Gepäc- und Expreßgutsfahrten bleiben unverändert. Die bescheinigten Personenzüge werden in den Fahrplänen nicht mehr als solche bezeichnet; sie werden aber, soweit sie nicht gemäß besonderer Anordnung (etwa 30 Prozent) als Eilzüge gefahren werden, als Personenzüge mit den bisherigen Unterwensaufenthalten und verkürzter Reisedauer beibehalten. Dies sind etwa 70 Prozent der heute verkehrenden bescheinigten Personenzüge, bei denen lediglich das Zeichen „BP“ wegfällt.

Die in Finnland verhafteten 35 Russen, die mit drei Flugzeugen auf der Insel Hogland gelandet waren, wurden von den finnischen Behörden ausgewiesen. Die russische Gelandehaft verlor die Ausgewiesenen mit den erforderlichen Geldmitteln für ihre Heimkehr nach Leningrad. Der russisch-finnische Konflikt gilt damit als beigelegt.

Fauler und fleißiger Wähler

Der Reichswahlleiter gibt jetzt in einer zusammenfassenden Darstellung die Hauptergebnisse der Wahlen zum Reichstag am 20. Mai 1928 bekannt. Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß die geringste Wahlbeteiligung auf der Insel Helgoland festgestellt werden mußte. Es haben sich dort nämlich nur 41,6 Prozent Stimmberechtigte an der Wahl beteiligt. Lediglich in der Provinz Westfalen war die Wahlbeteiligung in Baden. Von den Stimmberechtigten haben sich an der Wahl beteiligt im Amtsbezirk Rehl nur 40,2 Prozent, Müllheim 48,5 Prozent, Bühl 48,4 Prozent und Oberkirch nur 45,8 Prozent. Im Gegensatz zu diesen unerfreulichen Feststellungen steht der Kreis Striegau im Wahlkreis 7 (Breslau), in dem die höchste Wahlbeteiligungsziffer erreicht wurde, nämlich 83,8 Prozent.

Wilhelms Schwager abgeschoben

SPD Weisfel, 11. September.

Der Schwager des Kaisers, Zubkoff, der kürzlich aus Belgien ausgewiesen wurde, versuchte am Dienstag von Luxemburg aus zurückzukehren. In Staden bei Aalen wurde er im Zug von einem belgischen Gendarm verhaftet und über die Grenze gebracht.

Volkshaus Leipzig

Spezialgerichte. Heute Gebackener Fisch mit Remoulade und Kartoffelsalat 0,80 Pichelsteiner Fleisch 1,00 Schiachttost

Stellenangebote

Perf. Zickzick - Näherinnen
für Whantahewäsche, sowie
Interlock-Näherin
für Kunstleder-Wäsche gesucht.
Wäscheabr. Blau, Mariannenstr. 38

Flotter Laufbursche sofort gesucht.
Reichenhainer St. 28

Reinmachefrau
f. Kontor gas. Zu meld. 6. Berichter & Schröder 3101, Ferd. Jost-St 38

Verkaufe

Rittergut Kleinzschocher
verkauft Sonnabend
Odenwälder Blaue

Von Herrschaften wenig getragen
Herr-Garderobe
bill. zu pers. Willems,
Pochhammer, 12, p.,
Ein- u. Verkaufsaussch.

Auf Kredit Schloßstr. 10
un- u. 5 Mark Abzahlung
Scherbel
Markt 2
(Rathausstr. 10)

Gut erhaltenes zweigeschossiges weißes
Schlafzimmer
zu verkaufen.
Keller, Wilhelm-
Pollenthal, Str. 24

Nübel vom Fachmann
komplette Küchen v.
151,- an, Schränke v.
68,- an, Seiten v. 30,-
an, Kochtische v. 20,-
an, Bänke v. 38,- an
Läden Teilz. kein
Laden. Ein Paar d. i.
reicht. Lohn. Möbel,
3. Wägelstr. 11. 1. St.
Dieskaustraße 38
Tel. 4600.

VIM
putzt alles

Du, Hausfrau, sollst zum Scheuern und Putzen, als wirksamstes Mittel nur VIM benutzen.

VIM ist vielseitig verwendbar, ergiebig und säurefrei und kratzt nicht. Im Nu strahlt alles vor Sauberkeit.

Sehen müssen Sie unsere Riesenauswahl in

Damen-Hüten

Backfisch- und Kinder-Hüten

zu bekannt billigen Preisen

Mod. Filzhüte

in vielen Formen und Farben

3⁷⁵ 4⁹⁰ 5⁹⁰ 6⁷⁵

Wir führen alle Kopfweiten!

Radeberger Hutlager

Nur 8 Augustusplatz 8

Diverses

29.- Anzug
oder Mantel, wutwendig
fertige Ich innen aus
Stoffen

37.-
einschließliche haltbare
Futterzutaten zu neben-
stehenden Preisen
innerhalb 8-10 Tagen

45.-
Neueste Modelle
Sorgfältig. Bedienung
Elegante Herrenmoden
„Fortschritt“
Anfertigung im eigenen Betriebe
Leipzig, Weststr. 61

Haben Sie Stoff?
fertige Ihnen einen
modernen Anzug od.
Mantel nach Maß
mit Futter aus
an. Seiner 25, 24-
Stundenzeit 30, 30,-
der einl. v. 1,75,-
an. Herbrand 31 der,
Spezial- u. Abren-
reparat. - Gemein-
hafte 35. Gde. Nobel *

Wohnungen

Juna, Ehep. T. beste
Stube oder Schlafzimm.
1. Wfl. Off. erb. unt.
D. S. 31. Wolfsga.
Weigenfelder Str. 30



Die Kindergemeinschaft als Erzieherin

Die Dame und der Kriegskrüppel

So etwas sollte man doch eigentlich nicht dulden...

So etwas sollte man doch eigentlich nicht dulden, sagte die vornehme Dame in der Straßenbahn...

Ein kleines Holzgestell auf vier kleinen Rädern, etwa wie der Unterbau für ein großes Holzpferdchen auf Rädern...

Es war ein Anblick, der jeden Empfindenden tief erschüttern mußte, und es war wohl niemand, dem sich nicht das Herz zusammenkrämpfte...

Und die Empörung über die feine Dame, die es fertig brachte zu sagen: So etwas sollte man doch eigentlich nicht dulden...

Und sind doch eigentlich die besseren Kreise dieser Dame auch jene, die Blutiger wie wilde Tiere in sich großziehen...

Gewiß, wir stimmen zu! So etwas ist fürchtbar. Und: So etwas sollte man eigentlich nicht dulden!

Nein, wir dulden so etwas nicht wieder!

Ein Kautionschwindler festgenommen

Dem Kriminalamt ist es gelungen, einen gemeinlichlichen Kautionschwindler festzunehmen...

Es handelt sich um den bereits wegen Darlehensschwindels vorbestraften angeblichen Direktor W. B. a. h. l. i. n. g., der unangemeldet in einer hiesigen Pension in der Dausourstraße gewohnt hat...

Die Kriminalpolizei hatte von dem Tun und Treiben des Herrn Direktors Kenntnis erhalten und griff sofort zu...

Neuer häußlicher Kindergarten. Etwa Mitte dieses Monats wird im Hausgrundstück Leipzig-Vindenu, Kaiserstraße 71, ein neuer Kindergarten des Jugendamtes eröffnet...

Der zweite Vortrag der Vorsitzenden der Montessori-Gesellschaft behandelte eingehend die Notwendigkeit der Kindergemeinschaft als Erziehungsmittel...

Zucht und Disziplin in der Kindergemeinschaft

Die meisten Eltern hegen große Befürchtung, daß in modernen geleiteten Kindergemeinschaften, von denen sie wissen, daß in ihnen das Kind zu nichts gedrängt, zu nichts befohlen oder gar gezwungen wird...

50 000 Versicherungsanträge in einem Monat

Im Jahre 1918, dem ersten Jahre ihres Bestehens, dauerte es ungefähr 5 Monate, bis bei der Volksfürsorge, der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Versicherungsaktiengesellschaft, 50 000 Versicherungsanträge eingereicht wurden...

Solch große Erfolge konnten nur erzielt werden, weil die Organe der Volksfürsorge in ihrer Arbeit durch die Organisationen der Arbeitnehmerschaft und die Arbeiterpresse tatkräftig unterstützt wurden...

Kunstst. erteilt die Rechnungsstelle der Volksfürsorge in Leipzig, Zeltzer Straße 32.

Generalversammlung des Unterbezirks der SPD Groß-Leipzig

- Sonntag, den 16. September, 9 Uhr, im Volkshaus Leipzig
Tagungsordnung: 1. Referat des Genossen Lipnaki: Die politischen Aufgaben der Partei
2. Berichte des Vorsitzenden, des Kassierers und der Revisoren
3. Statutenänderung
4. Wahl des Unterbezirksbildungsausschusses
5. Beschlussfassung über die Richtlinien für Funktionäre
6. Verschiedenes

Alle Ortsvereine müssen vertreten sein. Zutritt nur gegen Mandat und Mitgliedsbuch. Mitglieder haben gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches Zutritt zur Galerie

Der Unterbezirksvorstand

zu wechseln, als es will. Es ist notwendig, ein Kind so lange suchen zu lassen, bis es den seinem Augenblicksinteresse entsprechenden Gegenstand gefunden hat, an dem es sich konzentrieren kann.

Das Geheimnis des Erfolges

Von Besuchern gutgeleiteter Kindergärten hört man so oft: Wie können Kinder ohne Zwang und Strafe so artig sein? Aber das Kind ist doch kein bösesartiges Wesen...

Diese aus langer Praxis gewonnenen Darlegungen erläuterte die Vortragende mit einer Reihe von Lichtbildern und Filmaufnahmen, die in packender Weise zeigten, wie die Kinder sich ihren Beschäftigungen hingeben...

Auch gute Umgangsformen werden den Kleinen beigebracht. Aber alles durch Spiele, die von den Leiterinnen für jeden besonderen Zweck erdacht werden. Manche Kinder z. B. schlagen die Türen...

Trotz mit den Zweifeln

Sicher werden die Eltern, die ihre Zweifel gegen die Kindergemeinschaften nicht beiseite legen können, bei solchen Darlegungen besserer Überzeugung werden. Das wäre ein großer Vorteil für unsere heranwachsenden Generationen...

Eine Straßenbahn-Ausstellung in Essen

Die Ruhrstadt Essen veranstaltet eine Straßenbahnausstellung. Sie beginnt am 21. und dauert bis zum 30. September. Neben den vielen technischen Einrichtungen der Baustoffe, des Baubetriebes, der Betriebsmittel und der dazugehörigen Einrichtungen wird auch der Verkehrswirtschaft ein ziemlich breiter Raum zugewiesen...

Musikalische Berufsberatung

Die öffentlichen Berufsberatungsstellen haben sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Faktor in der Organisation des großstädtischen Berufslebens entwickelt. Immer zahlreicher werden die Gebiete, bei denen mit Hilfe verschiedener Methoden die Eignung für den Beruf festgestellt wird...

Die neueren psychologischen Forschungsrichtungen, im besonderen die Gestaltpsychologie, wie sie auch im psychologischen Institut der Leipziger Universität unter Professor Kruge r gepflegt wird, haben auf die musikalische Begabungsforschung besonderrückgewirkt...

Gepflegt werden: melodische, rhythmische, harmonische Fassung, Reinheit des Gehörs und das musikalische Gedächtnis. Dem Zuhörer wird Gelegenheit geboten, sich auch selbständig musikalisch geistig zu betätigen...

Stimmen über die Konjunktur

Das Institut für Konjunkturforschung behandelt in einem sehr herauskommen Teil B (Heft 2) der Vierteljahrshefte zur Konjunkturforschung die Konjunktur einzelner Wirtschaftszweige voneinander getrennt, sodann die Konjunktur des Auslands. Dem allgemeinen Überblick über die Lage der einzelnen Wirtschaftszweige entnehmen wir: In der Landwirtschaft beeinträchtigen die gedrückten Preise für Schlachttiere und die im Verhältnis zu den Futtermitteln ungünstigen Preise für Vieherzeugnisse in Verbindung mit den hohen Zinssätzen die Rentabilität. Allerdings konnten sich die Schweinepreise in den letzten Monaten von ihrem Tiefstand erholen und sind seit Beginn des neuen Wirtschaftsjahres, namentlich in den letzten Wochen, nicht unbedeutend gestiegen. Die im letzten Teil des Wirtschaftsjahres 1927/28 zu verzeichnende feste Haltung der Getreidepreise konnte sich in den letzten Wochen unter dem Eindruck guter Ernteausichten, namentlich für Weizen, nicht mehr behaupten.

Der Tätigkeitsgrad der Industrie hat sich im ganzen weiter leicht abgeschwächt. Doch zeichnet sich die Lage durch eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit aus. Auftragsbesetzung und Rohstoffbedarf neigen in ihrer konjunkturellen Bewegung, wenn auch nur zögernd, zur Abschwächung. Produktion und Beschäftigung sind weiter leicht gesunken. Dies gilt insbesondere für die Verbrauchsgüterindustrie. Die Produktionsmittelindustrie sind im ganzen noch gut beschäftigt. Im Kohlenbergbau bewegt sich die Produktion trotz des leichten Rückgangs in den letzten Monaten noch auf verhältnismäßig hohem Stande. Die Produktions- und Abfallsage im Braunkohlenbergbau hält sich jedoch weiter auf beträchtlicher Höhe. Die eisenschaffende Industrie verfügt noch über einen hohen Auftragsbestand. Die Produktion war jedoch in den letzten Monaten etwas niedriger als im ersten Vierteljahr. Ebenso ist der Inlandsabfall in einzelnen Zweigen zurückgegangen. Dagegen hat sich das Ausführungs Geschäft weiter belebt. Produktion und Einfuhr von Nichteisenerzeugnissen blieben auch im zweiten Vierteljahr im ganzen unverändert hoch, bei leicht sinkender Tendenz gegen Ende des Vierteljahres. Auftragsbesetzung, Auftragsbestand und Beschäftigungsgrad der Metallwarenfabrikation waren bei unbedeutender Saisonschwächung während des ganzen Vierteljahres befriedigend. Dagegen haben Abfall und Beschäftigung in der Metallwarenindustrie im Juli abgenommen. In der Textilindustrie sank die Produktion nach der vom Institut für Konjunkturforschung berechneten Indeziffer der Textildruckproduktion von 117,3 (Juli 1924 bis Juni 1928 = 100) im Durchschnitt des zweiten Vierteljahres 1927 auf 104,5 im zweiten Vierteljahr 1928. Im Juli 1928 wurde ein Stand von 97,5 erreicht. Rückgängig war insbesondere der Inlandsabfall, was auch aus der sinkenden Einfuhr von Garnen und Geweben hervorgeht. Im Auslandsabfall traten dagegen keine wesentlichen Veränderungen ein. Die Beschäftigung der Lederindustrie ist auf den niedrigsten Stand seit Oktober 1926 gesunken. In der Schuhschulindustrie wird die Produktionskapazität gegenwärtig nur zu etwa 55 v. H. ausgenutzt. In den letzten Wochen ist in beiden Industriezweigen eine leichte Besserung eingetreten.

In der keramischen Industrie ist gegenüber dem ersten Vierteljahr 1928 keine wesentliche Änderung eingetreten. In der Glasindustrie kennzeichnen fortwährende Kapazitätserweiterung als Folge von Rationalisierung, Mechanisierung und Einführung neuer Herstellungsverfahren die allgemeine Lage. Die Beschäftigung, insbesondere in der Glasfabrikation, ist noch gut. Auf dem Baumarkt ist trotz saisonmäßiger Zunahme der Beschäftigung etwa seit Anfang Mai eine konjunkturelle Verschlechterung festzustellen. Die gewerbliche Bautätigkeit hat nur zögernd zugenommen. Im Wohnungsbau steht einer im Vergleich zum Vorjahre günstigen Entwicklung der Bauvollendungen ein anhaltender Rückgang der Baucerlaubnisse gegenüber. Demensprechend ist für das zweite Halbjahr im Vergleich zum Vorjahre mit einem Ausfall an Wohnungsvollendungen zu rechnen. Im Einzelhandel hat sich die Steigerung der wertmäßigen Umsätze verlangsamt. Der konjunkturelle Rückgang in den Vorstufen des Einzelhandels zeigt, daß der Einzelhandel in fast allen Zweigen vorsichtig disponiert. Die Güterbeförderung der Reichsbahn im öffentlichen Verkehr, insbesondere auch der Versand von Produktionsgütern, ist nach einem starken Abfall von März bis Mai im Juni wieder gestiegen; demgegenüber die Wagenstellung, die sich von März bis Mai etwa auf gleichbleibender Höhe bewegt hatte. Die gesamte Nachrichtenübermittlung der Reichspost ist in ihrem Umfang seit Herbst 1927 so gut wie unverändert. Der durch die Post vermittelte Zahlungsverkehr geht nach Stückzahl und Betrag der Ueberweisungen leicht zurück.

Vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, dem Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie, wird berichtet: Die im Juli beobachtete Abschwächung des Inlandsgeschäftes setzte sich im August fort. Die Zahl der Firmen mit ungenügendem Eingang von Aufträgen der Inlandsnachfrage erhöhte sich um 10 Prozent. In annähernd gleichem Verhältnis gingen auch die Inlandsaufträge zurück. Dagegen gelang es den Auslandsaufträgen beteiligten Firmen, etwas mehr Auftragsaufträge als im Juli herbeizuholen. Diese reichen jedoch nicht aus, um den Ausfall an Inlandsaufträgen zu decken. Auch scheint eine weitere günstige Entwicklung des Auslandsabfalles noch keineswegs gesichert, da der Eingang von Aufträgen aus dem Ausland im August hinter dem Ergebnis der beiden vorhergehenden Monate zurückblieb.

Der Beschäftigungsgrad betrug — an der Zahl der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden gemessen — seit Monaten fast unverändert etwa 75 Prozent des Sollstandes und hat auch im August nur ganz wenig — um rund 1 Prozent — nachgelassen. Bei der seit einer Reihe von Monaten festzustellenden Widerstands-

fähigkeit der Wirtschaftslage ist mit einer weiteren ruhigen Entwicklung auch für die nächste Zeit zu rechnen.

Die beim Arbeitsausfluß der Deutschen Baumwollspinnereierbände erlegenen Berichts über den abgelaufenen Monat lauten aus allen Bezirken des Reiches und für alle Sparten der Baumwollspinnerei sehr unglücklich. Der Beschäftigungsgrad hat allenthalben noch weiter nachgelassen; die Betriebe arbeiteten vielfach nur noch 3 bis 4 Tage in der Woche. Einzelne Spinnereien haben ihre Betriebe bereits völlig stillgelegt. In der zweiten Hälfte des August machte sich vorübergehend eine geringe Belebung sowohl im Auftragsbestand als auch im Neueingang von Aufträgen bemerkbar; bei letzteren handelte es sich jedoch ausschließlich um kurzfristige Lieferungen. Die Preise waren infolge der fortwährenden äußerst niedrigen Konkurrenzofferten des Auslandes in jedem Falle verlustbringend und deckten nicht die eigenen Herstellungskosten. Trotz des absoluten ziffermäßigen Rückganges der Einfuhr ausländischer Baumwollgarne hielt der Druck der ausländischen Konkurrenz angesichts des sehr unglücklichen Beschäftigungsgrades der einheimischen Spinnereien unvermindert an. Wie stark dieser Druck ist, beweist die Tatsache, daß in der ersten Hälfte des Jahres die Menge der aus dem Auslande eingeführten Baumwollgarne die Produktion der gesamten einheimischen Spinnereien fast um die Hälfte überstieg hat. Vielfach wird über den sich ergebenden Zahlungsrückgang Klage geführt. Als starkes Hemmnis gegen eine Belebung des Garngeschäftes wirkt sich die Unsicherheit auf den Rohbaumwollmärkten aus, die durch die widerprechenden Ernteschätzungen hervorgerufen ist. Die Aussichten für die nächste Zukunft werden als ungewiß bezeichnet.

Die Preisrückgänge am Getreidemarkt

In den letzten Tagen ist ein Rückgang der Getreidepreise erfolgt. Der Preisrückgang macht gegenüber Anfang Juli bei dem Weizen 29 Mark pro Tonne, bei dem Roggen 48 Mark pro Tonne, bei der Gerste 40 Mark pro Tonne und bei dem Hafer 50 Mark pro Tonne aus. Das gibt den landwirtschaftlichen Unternehmern Veranlassung, einen neuen Klagegesang ertönen zu lassen. Sie stellen es so hin, als wenn die Hoffnungen auf einen gelunden und erträglichen Getreidemarkt wieder begraben werden müßten.

Gegen diese Einstellung kann nicht scharf genug protestiert werden. Tatsache ist, daß die Preisentwicklung, die wir augenblicklich auf dem Getreidemarkt erleben, eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung ist. Im vorigen Jahr ist der Roggenpreis von Anfang Juli bis Ende August um 30 Mark pro Tonne, die Gerste um 18 Mark pro Tonne, der Hafer um 64 Mark pro Tonne zurückgegangen. In den Jahren 1926 und 1928 haben sich in der Zeit von Anfang Juli bis Ende August beim Getreide folgende Preisrückgänge herausgebildet: 1926: bei Roggen 8 Mark pro Tonne, bei Gerste 20 Mark pro Tonne, bei Hafer 32 Mark pro Tonne. 1928: bei Roggen 54 Mark pro Tonne, bei Gerste 24 Mark pro Tonne, bei Hafer 63 Mark pro Tonne.

Die Ursache der Preisrückgänge ist nicht schwer zu finden. Sie liegt in der Herabsetzung der Ernte und in dem sich dadurch verstärkenden Angebot von Ware. Diesmal sind es daneben auch noch die scharfen Rückgänge an den Auslandsbörsen, die auf den deutschen Markt ihren Einfluß mit geltend machen. Ursache der scharfen Rückgänge sind die überaus günstigen Ernteaussichten in Kanada — nach einer letzten Privatnachricht rechnet man mit einem Ernteertrag von 575 Millionen Bushel — sowie der bedeutende Ueberfluß aus der alten Ernte, der auf etwa 80 Millionen Bushel beziffert wird. Es dürfte schwerwiegend sein, einen betriebligen Ueberfluß am Ende eines Erntejahres angesichts einer bevorstehenden Rekordernte unterzubringen.

Hoffentlich genügt den landwirtschaftlichen Unternehmern unser Nachweis und beruhigen sie sich, von der eingangs erwähnten Behauptung abzugehen.

Verbandstag der Dewog

Am 15. und 16. September findet im Gewerhaus Dresden der 5. Verbandstag des Revisionsverbandes gemeinnütziger Baugenossenschaften, e. V. Dewog-Revisionsvereinigung, Berlin, statt. Der Verbandstag wird sich vor allem mit der wichtigen Frage der Anerkennung der Gemeinnützigkeit beschäftigen. Der Verband wird einen Gesetzentwurf betreffend die Gemeinnützigkeit von Baugenossenschaften ausarbeiten und durch die maßgebenden Körperschaften einbringen. Im Mittelpunkt der öffentlichen Sitzung wird ein Referat des bekannten Geschäftsführers des Solinger Spar- und Bauvereins, Hermann Meyer, M. d. L., über die Lage des Kleinwohnungsbaues und die gemeinnützigen Kleinwohnungsbaueinigungen stehen. Nicht minder wichtig ist die nichtöffentliche Tagung, wo der Verbandsvorsitzende, Architekt Richard Lindecke, den Geschäftsbericht geben wird. Der Verbandsvorsitzende, Dr. W. Böden, wird über die Ergebnisse der durchgeführten Revisionen berichten. Wichtige Beratungen über Organisation und Verwaltung werden sich anschließen. Man kann dem Verbandstag der Dewog-Revisionsvereinigung mit großem Interesse entgegengehen.

Die Deutsche Wohnungsfürsorge-Aktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter, wovon der oben genannte Revisionsverband eine Tochtergesellschaft ist, wurde im Jahre 1924 durch die Gewerkschaften gegründet. Die Dewog ist eine Konsumentenorganisation und die freigewerkschaftlich-genossenschaftliche Zentralkasse für das Kleinwohnungswohnen. Die Hauptaufgabe der Dewog besteht darin, vorbildliche Wohnungen für die Arbeiter zu schaffen. Mit welchem Erfolg ist daraus ersichtlich, daß sie mit Realisierung dieses Bauwertes, also in rund fünf Jahren ihres Bestehens 10 000 Kleinwohnungen für die arbeitende Bevölkerung größtenteils in vorbildlichen Groß-Wohnanlagen geschaffen hat. Sie hat heute zwei Zweigstellen und elf Tochtergesellschaften im Reich, in vier weiteren Städten findet eine enge Zusammenarbeit mit Wohnungsbauvereinigungen statt. Wir werden über den Kongreß berichten.

Baumwollspinnerei Mittweida. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 3. Oktober d. J. nach Mittweida einzuberufenden Generalversammlung aus dem mit der üblichen Vorsicht festgestellten Reingewinn des Geschäftsjahres 1927/28 die Verteilung von 14 Prozent Dividende (16 Proz. i. W.) auf die Stammaktien und wieder 6 Prozent auf die Vorzugsaktien in Vorschlag zu bringen.

Die Tagung der Bankiers

SPD Köln, 11. September.

Die Dienstagtagung der deutschen Bankierkongresse in Köln brachte eine ausgebreitete Erörterung der deutschen Agrarkrise, die mit einem groß angelegten Vortrag von Dr. Solmsien, dem Leiter der Berliner Disconto-Gesellschaft, eingeleitet wurde. Der Redner betrachtete im großen und ganzen die Agrarkrise in Übereinstimmung mit der kürzlich veröffentlichten Auffassung des Reichs-Landwirtschaftsministeriums für Wirtschaftlichkeit als Abfallkrise. Die Landwirtschaft verkauft ihre Erzeugnisse, so begründete er seine Auffassung, zu Engrospreisen, während sie ihren Verbrauch und sonstige Wirtschaftserzeugnisse zu Detailpreisen einkauft. Sie muß ihre Produktion in unbegrenzter Konkurrenz mit ihren eigenen Berufsgenossen abgeben, während sie ihre Bedarfsartikel von industriellen Produzenten bezieht, die ihre Produktion und ihre Verkaufswerte organisiert und kontrolliert haben. Während Solmsien jedoch die Konzentration bei der Landwirtschaft in übergeordneten Organisationen empfiehlt, ist er gegen eine Ausweitung des Handels. Die Produktion soll sich vielmehr, wie Solmsien unterstreicht, auf die Bedürfnisse eines nach modernen Grundrissen arbeitenden Handels, also auf die Standardisierung, einstellen. Von besonderer Bedeutung waren Solmsiens Ausführungen über die Mobilisierung des landwirtschaftlichen Kredits. Er schlägt die Schaffung eines Warenkredits vor, der in der Art, wie es in Kanada durch einen Weizenpool schon seit Jahren geschieht, durch landwirtschaftliche Erzeugnisse gedeckt wird.

In ähnlichen Gedankengängen bewegte sich auch der folgende Vortrag des Breslauer Bankiers Clahorn. Er gibt zu, daß die Landwirtschaft die Zinnschuld, die sie in den Jahren nach der Inflationsaufnahme mußte, auch bei besserer Technik nicht herauswirtschaften kann, und empfiehlt eine Neuorganisation der Produktion und des Abfalles. Diese Experimente und Reaktionen würden aber sehr viel Geld kosten. Vor allem müsse man dem Landwirt das Risiko abnehmen. In diesem Zusammenhang empfiehlt der Redner die öffentliche Hilfe, die für solche Zwecke keine schlechte Kapitalanlage sei.

Anschließend ergriff außerhalb der Rednerreihe der Reichsbankpräsident Dr. Schaack das Wort. Er hoffte, so führte er aus, daß von dieser Tagung der Wille ausgehe, die Lösung des Agrarproblems endlich in Angriff zu nehmen der Wille zur Tat. Die Reichsbank sei gewillt, nach Kräften an dieser Aufgabe mitzuarbeiten. Landwirtschaft, Industrie und Banken müssen zusammenarbeiten, um der Landwirtschaft eine liquide Unterlage und einen Reichsbankkredit etwa im Sinne der Solmsiensschen Vorschläge — Warenkredit, gedeckt durch landwirtschaftliche Erzeugnisse — zu sichern. Schaack schloß mit einem begeisterten aufgenommenen Bekenntnis zur nationalen Selbsthilfe. Die Hoffnung auf ausländische Hilfe sei ein Aktivismus, der auch nicht eine Macht in seiner Bilanz sehen haben sollte. Der Wille zur Selbsthilfe und das Vertrauen zu unserer eigenen Kraft sei aber ein hundertprozentiges Aktivismus.

Die Reihe der Redner wurde geschlossen durch einen Vortrag des Leiters der Süddeutschen Bodenkreditbank in München von Schaack. Der Redner stellte u. a. die Behauptung auf, daß die Kapitalertragssteuer den normalen Zinssatz künstlich hochhalte und dadurch die Ausbreitung des Abfallgebietes und damit die Bereitstellung von Hypothekenkapital hindere.

Es wurde dann eine Entschließung angenommen, die die Standardisierung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, die Schaffung des Angerhauswesens und das Rechtsinstitut des handeldaren Lagerkredits — Vorschlag Solmsiens — fordert. Weiter weist die Entschließung darauf hin, daß für die Gewinnung von Personal- und Wirtschaftskredit für die Landwirtschaft besonders die ortsansässigen Provinzialbanken und Provinzialbankiers in Frage kommen, weil sie die Landwirtschaft ihres Bezirkes kennen. Deshalb dürften auf dem Wege der Gesetzgebung und der Verwaltung keine Maßnahmen getroffen werden, die bestimmt oder geeignet seien, die zugunsten anderer Gruppen des Kreditgeschäftes aus der Geschäftsverbindung mit der landwirtschaftlichen Kundschaft auszuschalten. Soweit es sich um die Geldbeschaffung im Wege des Hypothekarkredits handele, müsse der Verkauf von Pfandbriefen auf unseren deutschen Märkten in noch größerem Umfang als bisher angestrebt werden. Die Vorschläge des Bankiertages, diesen Verkauf zu erweitern, erschöpfen sich jedoch ausschließlich in der Empfehlung, den Steuerabzug vom Kapital zu beseitigen.

An dem wichtigsten Punkt, sozusagen dem Kernpunkt der ganzen Angelegenheit, an der Höhe der landwirtschaftlichen Zinsen, ist der Bankiertag vorbeigegangen. Die Vorkriegsverbindung der deutschen Landwirtschaft kann mit 13 Milliarden Mark angenommen werden. Heute beträgt sie 10,5 Milliarden. Rechnet man diese Summe in Goldmark um, so ergibt sich, daß die kapitalistische Verschuldung der Landwirtschaft heute wesentlich geringer ist als vor dem Kriege. Dagegen ist die Zinsbelastung von 20 Mark pro Hektar vor dem Kriege auf 26 Mark im Jahre 1928 gestiegen. Nicht das ausgenommene Kapital, sondern die Zinsen drücken den Landwirt. Hier muß vor allem ein Ausweg gesucht werden. Man kann in der Lösung der Agrarkrise — diesen Einbruch erhielt man teilweise von der Dienstagtagung in Köln — nicht nur ein gutes Geschäft sehen, sondern man muß für die Lösung auch ein Opfer bringen, und dieses Opfer heißt Zinsabbau.

Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Südafrika

In Pretoria wurde am 1. September ein Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen der Südafrikanischen Union und Deutschland unterzeichnet. Im großen und ganzen lehnt sich das neue Vertragswerk an den deutsch-englischen Handelsvertrag an und baut sich auf der gegenseitigen unbedingten Meistbegünstigung auf; jedoch werden die Vorzugsrüste, die Südafrika gegenwärtig England und den britischen Dominien einräumt, nicht auf Deutschland ausgedehnt. Allerdings hat man sich geeinigt, in einem späteren Abkommen gegenseitige Zollvergünstigungen zu machen. Der Vertrag enthält weiter Bestimmungen über Entschädigung, Niederlassung und Rechtsstellung der beiderseitigen Staatsangehörigen, über Zulassung von Konsum und dergleichen.

Opfer des Militarismus. In der englischen Grafschaft Suffex wurde am Dienstag im Verlauf der Armeeübungen ein junges Mädchen von einem Tank überfahren und auf der Stelle getötet. Das Unglück erfolgte, als der Tank einem Lastwagen ausweichen wollte.

Der Anzug wird vertagt. Das für den nächsten Sonntag in Monza angelegte internationale Motordrennen um den Preis der Nationen ist zum Zeichen der Trauer über die am vergangenen Sonntag zu verzeichnende Katastrophe auf einen späteren Zeitpunkt verschoben worden.

Lunge und Herz bleiben gesund,

RAUCHEN SIE NUR NOCH ZIGARETTEN MIT KOHRE'S PATENT-EDELPAPIER GIFT- UND SAUREFREI PRÄPARIERT.

EDEL-KOHERE 5.00 • KOHERE-TÜRKISCH N°12 6.00 • KOHERE-ELITE 3.00 • KOHERE-BESTE-SORTE 10.00





Die Geschäftslage in der Kreishauptmannschaft Leipzig im Monat August 1928

Die Anfänge eines Rückgangs der Sommerkonjunktur machen sich bemerkbar, obwohl das Baugewerbe mit wenig Ausnahmen noch gut beschäftigt ist. Die Anforderungen der Landwirtschaft beginnen nachzulassen. Die Lage in der Textilindustrie ist nicht einheitlich; im Chemnitzgebiet ist der Geschäftsgang ungünstiger als im Leipziger. Die Metallindustrie hat sich auf der alten Höhe und verhältnismäßig gut gehalten. Im Holzgewerbe sind die Bau- und Möbelerzeugnisse gut beschäftigt. Im übrigen ist die Lage flau. Das Handels- und Transportgewerbe blieb zufriedenstellend. Im graphischen Gewerbe trat keine nennenswerte Besserung ein. Für Angestellte ist die Lage nach wie vor ungünstig geblieben.

Der Rückgang der Erwerbslosen hielt bis etwa Mitte des Monats noch an, während bis zum Monatschlusse in der Kreishauptmannschaft eine Steigerung um 780 eintrat. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen einschließlich Krisenförderer und Notstandsarbeiter betrug am 31. August rund 22 500 (Vormonat 21 800).

Von der Stichzahl des 31. August 21 270 (20 472) entfallen auf die Stadt Leipzig 15 901 (15 616) Arbeitssuchende, und zwar 11 889 (11 571) männliche und 4012 (4045) weibliche. — Auf die 6 Amtshauptmannschaften entfallen zusammen 5369 (4856) Unterstützungsempfänger, die sich wie folgt verteilen: Leipzig: 1587 (1430), Borna: 898 (873), Döbeln: 839 (850), Grimma: 708 (755), Oschatz: 320 (286) und Rochitz: 917 (712). — Die Gesamtzahl der beschäftigten Notstandsarbeiter in der Kreishauptmannschaft Leipzig betrug am 31. August 1292 (1426). Empfänger von Krisenfürsorge waren am gleichen Zeitpunkt 2161 (2390) vorhanden.

Unfittliches Attentat mit tragischen Folgen

Am Sonntagvormittag wurde auf der Straße zwischen Throna und Fuchsheim ein etwa zwanzigjähriges Mädchen, das Karloffen ausgemacht hatte, von einem unbekanntem Manne angegriffen und gleich darauf am Halse erwürgt. Da die Ueberfallene sehr kräftig war, vermochte sie den Würgling bald abzuschielen, wobei sie ihn heftig übers Gesicht trakte. Darauf hieb dieser dem Mädchen wiederholt mit einem Knüttel, den er vermutlich aus dem Holze mitgebracht hatte, über den Kopf und fügte ihm so mehrere stark blutende Wunden zu; dann ließ er rasch davon. Als das Mädchen zu Hause ankam, fuhr dem alten Großvater der Schreck über das schlimme Aussehen seines Enkelkindes derart in die Glieder, daß er wenig später einen Herzschlag erlitt und starb.

Ueber den Attentäter können folgende Angaben gemacht werden: Etwa 1,65 Meter groß, in der Mitte der Fünfziger stehend,

Mund, ohne Bart; bekleidet war er mit dunkler Hose, weißem Hemd und wahrscheinlich Turnschuhen; außerdem trug er eine gelbe Hornbrille. Für Mitteilung sachdienlicher Wahrnehmungen ist die Kriminalpolizei dankbar.

12. Wiederisch. „Großkampfabend“ der KPD. Mit dem Thema „Wohnbaraden, Rathausneubau oder Wohnungsbaun“ hatten die hiesigen Kommunisten am Sonnabend eine öffentliche Einwohnerversammlung einberufen. Der Zweck der Versammlung sollte sein, der Deffektivität den Nachweis zu erbringen, daß der von der Mehrheit des Gemeindevorordnetenkollegiums gegen die Stimmen der Kommunisten beschlossene Wohnhausneubau mit 15 Wohnungen und Gemeindevorwaltungsräumen und der schon vielfach erörterte Wohnbaradenbau für Ermittelte eine „Verkleidung öffentlicher Gelder“ darstelle, um damit die etwa 2000 an der Zahl betragende Gemeindevorwahler in das Garn der kommunistischen Drahtzieher zu locken. Aber trotz ihres großen Lamiams, den sie schon seit längerer Zeit geschlagen hatten, waren nur etwa einhundert Versammlungsbesucher erschienen, deren weitaus größerer Teil nur aus Kommunisten und ihrem irreführenden Anhang bestand.

Wie vorzusehen war, gestaltete sich diese kommunistische „Aktion“ zu einer einzigen großen Hehe gegen die Sozialdemokratie. Wenn auch die Ausführungen des Referenten, des kommunistischen Stadtvorordneten Schenter aus Leipzig, in seinem grundsätzlichen Teil zur allgemeinen Wohnungspolitik sich im sachlichen Rahmen bewegte, so zeigte sich doch bald die wahre Absicht dieses kommunistischen Verdrehungskünstlers. Neben verschiedenen, nicht kontrollierbaren Behauptungen über die „verzerrterweise sozialistische Wohnungspolitik“ im Leipziger Stadtparlament richteten sich seine Angriffe hauptsächlich gegen das sozialistische Stadtratmitglied, unsern Genossen Freytag, dessen Tätigkeit im Ratkollegium er nur als eine „Vergrößerung des Wohnungselements“ bezeichnete. Im allgemeinen stellte er die durch nichts bewiesene Behauptung auf, daß die Sozialdemokraten überhaupt keinen ernstlichen Kampf gegen die Wohnungsnot wollten. Wie man aber praktisch den Wohnungslosen und Ermittelten helfen könne, beantwortete er auf eine Anfrage aus der Versammlung mit der lakonischen Weisheit, man müsse eben Wohnbaraden grundsätzlich ablehnen und dafür massive Häuser bauen! Mit Recht wurde ihm zugerufen, daß nach diesem Rezept die herausgehenden Wohnungslosen wahrscheinlich sehr lange auf Unterbringung in einer Wohnung warten müßten. Wider besseres Wissen stellte er schließlich noch die Behauptung auf, daß die Gemeinden von der Amtshauptmannschaft für bestimmte Zwecke bewilligte Gelder und Darlehen nach eigenem Belieben verwenden könnten, um den Anwesenden in bezug auf den hiesigen Wohnbaradenbau Sand in die Augen zu streuen. Natürlich durfte in seinem Referat die „Panzerkreuzerfrage“ zur Verleumdung der Sozialdemokratie eine nicht untergeordnete Rolle spielen. Die übrigen kommunistischen Diskussionschwärmer bewegten sich selbstverständlich in demselben Rahmen und es konnte vom objektiven Beobachter festgestellt werden, daß kaum eine einzige Wahrheit verjapst worden ist. Geradezu frenetischen Beifall sollten die anwesenden Kommunisten ihren Rednern, je gewissenloser diese sich in persönlichen und verleumdnerischen Angriffen gegen örtliche und zum Teil nicht anwesende sozialistische Führer ergingen. Unter anderem stellte man auch die triviale Behauptung auf, die Befürworter des beschlossenen 15-Familien-Wohnhausbaues mit Gemeindevorwaltungsräumen ständen unter dem Einflusse der bestohlenen 1. und 2. Bürgermeister und des Ge-

meindeverordnetenvorsitzers, welche die von der Gemeinde bei der Beschaffung des Baudarlehens auszubringende Vermittlungsgebühr in ihre Tasche stecken! Die Verleumder werden sicherlich Gelegenheit erhalten, für ihre Behauptungen den „Wahrheitsbeweis“ anzutreten. Am Schlusse der Versammlung wurde einer Resolution zugestimmt, die sich gegen den vielumstrittenen Wohnhausneubau richtet, und ferner beschloß, durch eine Liste weitere Unterschriften bei den Einwohnern im Orte zu sammeln, um gegebenenfalls einen Bürgerentscheid herbeizuführen.

Delisch. Autounfall. Heute kurz nach 4,30 Uhr fuhr auf der Bitterfelder-Delischer Landstraße nahe der Grube Ludwig an der berüchtigten S-Kurve, an der schon einmal im Mai ein Wagen durch Unfallsfall völlig verbrannte, ein Berliner Privatauto beim Nehmen der Kurve mit dem Vorderrad an einem weißen Begrenzungsstein. Das Rad wurde abgerissen, der Wagen drehte sich und schlug mit dem Hinterteil glücklicherweise an einen Baum, sonst wäre er die Böschung hinuntergefallen. Während der Chauffeur Schnittwunden an der rechten Wade und an den Handgelenken durch die Splitter der zerbrochenen Windschutzscheibe erlitt, zog sich der im Wagen sitzende Herr durch den Anprall am Baum einen schweren Schädelbruch zu. Er und der Chauffeur wurden durch ein Bitterfelder Auto nach dem Krankenhaus gebracht.

Leipziger Rundfunkprogramm

Donnerstag, den 13. September.

- 10,20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms.
- 10,25 Uhr: Was die Zeitung bringt.
- 11,45 Uhr: Wetterdienst und Voraussage und Wasserstands-meldungen.
- 12,00 Uhr: Mittagsmusik.
- 15,00 Uhr: Konzert aus der Jahreschau, Dresden
- 16,30 Uhr: Leipziger Rundfunkorchester: Hilmar Weber.
- 18,05 Uhr: Manfred von Ardenne, Berlin: „Gesichtspunkte für den Bau von Kurzwellenempfängern.“
- 18,30-18,55 Uhr: G. van Eyeren, C. M. Affierl: Spanisch für Fortgeschrittene. (Deutsche Welle, Berlin.)
- 19,00 Uhr: Arno Schirfauer, Leipzig: „Das Saalefest.“
- 19,30 Uhr: Ober-Reg.-Rat Dr. Bernhard Spangenberg, Dresden: „Die Reparationsfrage“. I.: „Die Entwicklung bis zum Dawesplan.“
- 20,15 Uhr: Sinfoniekonzert. Dirigent: Alfred Egendref. Solist: Prof. Henry Marteau (Bratsche). Das Leipziger Sinfonie-Orchester. 1. Beethoven: Harold in Italien. Sinfonie in vier Teilen mit einer Solobratsche, Op. 16: I. Harold in den Bergen. Szenen der Melancholie, des Glückes und der Freude. II. Marsch der Pilger, ihr Abendgebet singend. III. Serenade eines Bergbewohners der Abruzzen an seine Geliebte. IV. Orgie der Briganten. Erinnerungen an die vorhergehenden Szenen. Solobratsche: Prof. Henry Marteau. 2. Reger: Vier Liederungen nach V. Büllin, Op. 128: I. Der geigende Eremit. II. Im Spiel der Wellen. III. Die Totenfibel. IV. Bacchanal.
- 21,15 Uhr: Aus der Weltliteratur: George Gordon Byron: Don Juan. Sprecher: Dietrich von Oppen, Leipzig.
- 22,15 Uhr: Kunstpranger.
- 22,20 Uhr: Pressebericht und Sportpunt.
- 22,30 Uhr: Zünftille.

Billiger Sonderzug nach dem Spreewald
(Rübbenaun).
Sonntag, den 16. September 1928
Leipzig 9h ab 6,00 Uhr: Rückkehr 21,40 Uhr.
Halt in Laucha und Eisenburg.
Fahrpreis ab Leipzig 9h, und zurück 6,40 Mk.
Eintrittskarte A für die Rahnfahrt 1,00 Mk.
Näheres durch amtl. Anschläge und „Frühler Nr. 15“.
Reichsbahn-Verkehrsamt Leipzig, Holzmeisterstr. 1.
Fernspr. 709 21, Umlsch. 758.

Sämtliche Restaurations-Bureau- und Garten-Möbel für Gewerkschaften, Volkshäuser und Turnerhelme liefert
Wilh. Hertlein
Leipzig
Gottschedstraße 19



DIE SONNE DER TROPEN

schenkt uns die köstlichen Ölfrüchte, die zur Herstellung der Margarine VERA dienen:
Die Kokospalme der Südsee spendet das feine, nahrhafte Speisefett, das sich unter dem Namen „Palmin“ Weltruf erwarb. — Die gehaltvollen Früchte der Olpalme, die mildsüßen Erdnüsse Afrikas und Indiens sind weitere wertvolle Gaben der Natur, die in den Rama-Werken Verwendung finden.

Wie bei allen Früchten, so gibt es auch hier erhebliche Qualitätsunterschiede. In die Ölmühlen der Rama-Werke gelangt allein die Auslese dieser Früchte. Diese Tatsache ist in erster Linie bestimmend für die hohe Qualität der

M A R G A R I N E

VERA

Dienst am Haushalt

Möbel Peter & Co.
Leipzig • Katharinenstr. 4
Lieferung auch nach auswärts - Beamte ohne Anzahlung

Auf Teilzahlung
1/10 Anzahlung
Schlafzimmer Kinderwagen
Herrenzimmer Teppiche
Speisezimmer Linoleum
Modern-Rüchen Divan-Decken
Ergänzungsmöbel fertige Betten
Korbmöbel Bettvorleger

24 Monatsraten

Zurück
Dr. Czarnecki
Südstraße 96.

Wo kaufen Sie Ihre Möbel?
Wurden Sie gut bedient?
Wenn nicht: Wenden Sie sich vertrauensvoll an

Möbelhaus Hermann Fontius
Leipzig-Gohlis
Hallische Straße 106
Reiche Auswahl! Niedrige Preise
Langjährige Garantie

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
Gau Leipzig Tel. 198 44
Geschäftsstelle:
Leipzig, Gellertstraße 79/80

Gute Druckerarbeiten
von der einfachsten bis zur modernsten, geschmackvollsten Ausführung in ein- sowie mehrfarbigem Druck liefert pünktlich für Private und Behörden, Handel und Gewerbe, auch Massenaufgaben (im Flachdruck und im Rotationsbetrieb hergestellt), bei äußerst billiger Preisberechnung

Leipziger Buchdruckerei AG
Leipzig C 1, Tauchaer Straße 19/21
Fernsprecher Nr. 722 06

Abteilung IV. Zug- und Gruppenführer-Verammlung am Freitag, dem 14. September, 19h Uhr, Gutritsch, Veltige Gde.
Ortsverein Leipzig. Sonntag, den 16. September, 9 Uhr. Stellen in Kleinanzeigen am Ende der Linie 1 u. 3, auch 3 u. 4. Werbeaufmarsch in Großanzeigen. Alles erscheinen. Sonntag, 16. Septbr. Radfahrer- u. Motorabfahrer-Statuetten. Fahrt von Dresden, Chemnitz, Zwickau, nach Halberstadt durch Leipzig nach Halle zwischen 10-12 Uhr Augukusplan.

Von der Heidenbekehrung bei den Eskimos

Ein Beitrag zum Anfang des Missionswesens. Von Vilhjalmur Stefansson.

Das Christentum, wie es sich im Geist des Sendboten spiegelt, ist dem Eskimo ebenso unverständlich wie unsere politischen, wissenschaftlichen oder gesellschaftlichen Begriffe.

Ich weiß nicht sicher, wo es in Alaska anfing, aber ich glaube, es war am Kopebuefand. Nach der Bekehrung entwickelte sich ein eskimoiertes Christentum, das heißt eine dem Eskimo verständliche Fremdreigion.

Nachdem meine Eskimobegleiter das neue Tabu anerkannt und sich gewöhnen hatten, wurde über Waidbeneden und Handtuch noch gebetet.

Zu den besten und nützlichsten dieser Gebete gehörte eines um Kenntnis. Nach der ersten Anwendung hätten sie so viele Karibus erlegt, daß sie nicht wußten, wofür damit.

Am Colvillefluß mußten wir Fische fangen. Am Kopebuefand, dem Ursprungsort des Christentums, gab es nur Neze, so daß der dortige Pfarrer gebot: Du sollst am Sonntag keine Neze fischen.

Als ich im Winter 1908/09 am Kap Smythe weilte, traf eines Sonntags ein Mann mit seiner Frau und einem gut genährten Hundespann ein.

Gerade wollte eine Rettungsgesellschaft aufbrechen, als jemand auf den unmittelbar bevorstehenden Sabbat aufmerksam machte.

Nach einigen Monaten traf ich den Mann, der die beiden im Stich gelassen hatte, bei einem befreundeten Eskimo namens Kunaq.

Die Verwandlungsformen des Christentums im Geist des Eskimo läßt sich natürlich zum größten Teil von „Zivilisierten“ wie dem Missionar von meinem Begleiter Navinik, der fast zwanzig Jahre in den Diensten der Weißen gestanden hatte, abgeleitet.

Im Sommer 1909 von der Navinikinsel ostwärts segelnd, entdeckte uns das Boot des Eskimos Oninat, der seinen alten Vater für einen äußerst gebrechlichen Mann, bei sich hatte.

Von jener alten Frau berichtete Navinik, daß sie der größte Starzopf sei, der ihm je vorgekommen sei. Sie blieb taub wegen aller Einfüllungen.

Ihr Sohn beachtete sie ununterbrochen und holte sich immer neue Grüne vom Missionar in der Hoffnung, die Mutter umstimmen.

handelt es sich um eine Eskimoausslegung) Die Mutter lachte nur. In der Nacht hielt der Sohn ihr ein brennendes Zündholz unter die Hand, so daß sie lachend aus dem Schlaf sprang.

Im Sommer 1911 berichtete mir Navinik allerlei von den Eskimos der Baillie-Inseln. Sie erhielten damals Kunde vom Madenzestich, Gott habe gesagt, daß man die Sonne nicht an schauen dürfe.

Bei ursprünglichen Völkern, zumal bei den Eskimos und anderen Eingeborenen Nordamerikas, unterliegt der mit irgendeinem Tabu behaftete Mensch auch dem Wegban.

Navinik hatte sich oft gewundert, warum das Mammut ausgestorben sei. Schließlich kam ihm die Erleuchtung vom Missionar der Herchelinsel.

Niemals gelang es mir, den Eskimos beizubringen, daß sie den Missionar mißverstehen hätten. In geistlichen Dingen war ich eben nicht Fachmann.

Anderson gegenüber sprach Navinik einst sein Bedauern aus, daß Jesus so jung gemordert worden sei.

Somit die Ausführungen des bekannten Polarforschers Vilhjalmur Stefansson, die wir mit Erlaubnis des H. V. Brodhagens-Verlages, Leipzig, dem Buch „Geheimnis der Eskimos“ entnehmen.

Die Kunstausstellungen beginnen

Nach dem kunstarmen Leipziger Sommer, der uns nur das Emporwachen monströser Architektur: Krachhaus und Petershof, von denen noch zu reden sein wird, mitgebracht hat, beginnen jetzt auch die Ausstellungsorte, Kunstverein und Galerie Barckfeld mit ihrem Betrieb.

Ob ist an dieser Stelle auf die verdienstvolle Tätigkeit dieser beiden Institutionen hingewiesen worden, die ja nun schon seit Jahren den Leipziger Gelegenheiten geben, moderne und qualitativ hochwertige Kunst kennen zu lernen.

Die kleine mutige Ausstellung von Aquarellen des Griechen Toros Bullianis in der Galerie Barckfeld — die dem Spielbürger und Dummkopf zu vielen Blößen und frechen Bemerkungen sich hinreißen läßt, wenn er, wie die Kuh vom neuen Tor, vor den in den Schaufenstern angezeigten Arbeiten steht — ist keine leichte und ohne weiteres zugängliche Kunst.

Die Malereien sind keine Enkelaktionen auf den Geldbeutel einer Wohlhabendensfrau, sie würden sich auch nicht über's Knie bei Börsenbohrern erheben, aber sie sind Kunstwerke, die dem Kunstfreund Erlebnisse sein werden.

Kleine Chronik

Die Tolstoi-Feyer des NSZ wurde von Alfred Beterle bestritten. Er las vorüber über die letzten Tage Tolstois aus Zweigs Buch: Die Dichter ihres Lebens.

wel mir Stephan Zweig für solche Themen etwas zu geschwätzig ist. Als zweites Stück las Beterle ein lehrhaftes Gespräch, das einige Kernpunkte von Tolstois sozialen Wagnissen zusammenfaßt.

Wagner-Oper mit Golt. Die „Waisäre“ mit der gastierenden Helene Wildbrunn aus Wien als Bräuhilde war Wasser auf die Mühle der immer zahlreicher werdenden Anti-Wagnerianer.

„Chinas Werden im Spiegel der Geschichte“ von Erich Fu a u e r. (Leipzig 1928, Quelle u. Meyer.) — Eine kurzgefaßte Geschichte Chinas im Rahmen einer Sammlung wie der „Wissenschaft und Bildung“ ist gewiß ein dankenswertes Unternehmen.

Ein Petrarca-Museum. Das Geburtshaus des großen italienischen Dichters Francesco Petrarca in Arezzo soll restauriert und in ihm eine Bibliothek und ein Museum eingerichtet werden, das alle auf Petrarca bezüglichen und in italienischen Sammlungen befindlichen Dokumente vereinigt.

Mitteilungen der Städtischen Theater-Intendanten. Neues Theater: Die nächste (157.) Anrechtovorstellung der 1. Folge grün findet Donnerstag, den 20. September, statt.

Neues Operettentheater. Heute, Mittwoch und morgen Donnerstag, finden die zwei letzten Gaspispele Hans Heinz Bollmanns in Franz Lehars Operette „Der Farenwisch“ statt.

Bilder aus Sowjetrußland. Eine Sammlung von Gemälden von Em Badrah-Barce, München, wurde gestern eröffnet in der Galerie Del Vecchio. Die Ausstellung enthält Vorgänge und Ereignisse aus der Zeit des Bürgerkrieges in Rußland.